

**Lafontaine -
Rotlicht über Deutschland**

Von Peter Helmes

Vorwort von Heinrich Lummer

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin

Peter Helmes

Lafontaine - Rotlicht über Deutschland

Vorwort von Heinrich Lummer
ehem. Innensenator und Bürgermeister von Berlin

1. Auflage Mai 2009

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Beethovenstraße 60
22083 Hamburg
Telefon: 040 - 299 44 01 - Telefax: 040 - 299 44 60
www.konservative.de - info@konservative.de

Druck:
SZ-Druck, St. Augustin

Inhaltsverzeichnis	Seite
Der Autor	7
Vorwort von Heinrich Lummer	9
I. Oskar Lafontaine, der Zerstörer von der Saar	15
Von Honecker-Ehrung zu SPD-Fahnenflucht	15
Oskar, der „Retter“	22
Oskars Palazzo Prozzo	25
Leben für „soziale Gerechtigkeit“ – die Toskana-Fraktion	27
Oskar und das liebe Geld	30
Ein kleiner Blick in Oskars Portemonnaie	31
Oskars Rotlicht-Affaire und „Schweinejournalismus“	33
Oskars kleiner Medienkrieg	33
Oskars Widersprüche	34
Oskars Horror vor der deutschen Einheit	38
II. Oskars wundersame Welt der Wirtschaft	41
Grandios gescheitert	41
Auf dem Weg zur „Diktatur des Proletariats“	42
Sozialismus statt Freiheit	46
Oskar - schwer berechenbar	48
Die SPD im Beiboot	50
„Virus Lafontaine“ und die Union	51

III. Oskars bunte Welt der Außenpolitik	53
Heute so – gestern anders	53
„Golgotha und Guantanamo“	55
Nein zur Nato	56
EU: Ja und nein, eher nein	57
Atomwaffen für Iran und linker Antizionismus	58
Lang lebe Fidel Castro!	60
IV. Oskar und die SED-Nachfolge	65
„Es war nicht alles schlecht“	65
Verharmlosung des Unrechtsstaates	67
Umdeutung der Begriffe	70
„Keine normale Partei“	73
Oskars Partei - im Westen angekommen	75
V. Oskars Freunde	79
von Dietmar Bartsch über Günter Biernoth, Lothar Bisky, Dieter Dehm, Gregor Gysi, Heidi Lippmann, Ulrich Maurer, Willi van Ooyen, Bodo Ramelow bis Sarah Wagenknecht	
Nachwort	91
Oskar Lafontaine, Lebenslauf	93
Eine kleine Selbstdarstellung des Herausgebers	94

Der Autor

Peter Helmes



Jahrgang 1943, Bad Hönningen (Rheinland). Nach „Mittlerer Reife“ und Kaufmannslehre Abendstudium von Volks- und Betriebswirtschaft, Marketing, Organisation und Philosophie. 1959 Eintritt in Junge Union und CDU.

Zwischen 1969 und 1996 führende Positionen in der CDU/CSU, u. a. als Bundesgeschäftsführer der Jungen Union, Generalsekretär der Internationalen Jungen Christdemokraten und Konservativen, Hauptgeschäftsführer der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Mit-Organisator der jährlichen Stern-Fahrten nach Berlin und der Protestkundgebungen zum „17. Juni“ und „13. August“ (Mauerbau) mit bis zu 20.000 Teilnehmern. Chefredakteur der Monatsmagazine „Die Entscheidung“ und „Mittelstandsmagazin“. Bei der Bundestagswahl 1980 Mitglied im Wahlkampfstab von Franz-Josef Strauß als Bundesgeschäftsführer der „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“, aus der die „Konservative Aktion“ hervorging, die er gemeinsam mit Gerhard Löwenthal, Ludek Pachmann, Ludwig Eckes, RA Dr. Ossmann und Joachim Siegerist gründete und die die Vorläuferin der jetzigen „Deutschen Konservativen“ war.

Von Ende 1980 bis 1986 in der freien Wirtschaft tätig als Hauptgeschäftsführer eines Dienstleistungsunternehmens mit rd. 400 Mio. DM Umsatz. Seit 1996 ist Helmes selbständiger

Consultant für Politik und Verbände; zudem lehrt er seit 1991 ununterbrochen als freiberuflicher Dozent am Verbandsmanagement-Institut der Universität Freiburg (CH). Für seine „Verdienste um die europäische Integration“ erhielt er von Gaston Thorn (ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission) den „Pour le Mérite Européen.“

Er ist Verfasser vieler Artikel und Bücher zu den Themen Europa, Gewerkschaften, Mittelstand, Medien und Mitglied der Redaktion des „Deutschland-Magazin/Deutsche Konservative Zeitung“ bei den Deutschen Konservativen e.V., Hamburg.

Publikationen von Peter Helmes bei den Deutschen Konservativen bzw. beim WPR-Verlag, Hamburg:

- „*So macht der DGB den Staat kaputt*“ (über die sozialistische Programmatik des DGB)
- „*Macht Kasse Genossen!*“ (über die finanziellen Verflechtungen von SPD, DGB und PDS)
- „*Die Abzocker*“ (in Staat, Verbänden und Kassen)
- „*Fischer ohne Maske*“ (eine Abrechnung mit den „68ern“ und mit Joseph Fischer, ehem. Steinewerfer und Außenminister)
- „*Gesine Schwan – im Netz der roten Spinne*“ (über Schwans Kandidatur zum Amt des Bundespräsidenten)
- „*Frank-Walter Steinmeier – kein Kandidat für Deutschland*“ (erscheint im Juni 2009)

www.Helmesconsulting.de; e-mail:Helmesconsulting@t-online.de

Vorwort von Heinrich Lummer



Oskar Lafontaine ist jetzt 65 Jahre alt – doch „kein bißchen weise“. Aber schlau, sehr schlau! Zudem verschlagen, listig und unbarmherzig. Jedenfalls kein bißchen christlich – wie seine Erziehung uns vorgaukeln mag. Verbissen nimmt der ehemalige Jesuiten-Zögling Rache an der SPD und versucht, Deutschland in ein linkes Abenteuer zu stürzen. „Sozialistische Fundamentalopposition“ ist sein einziges Credo. Sein Rachefeldzug gegen die Partei, die ihm ihre Liebe entzog, ist nicht ohne Erfolg. Seitdem er mit seiner Links-Partei die Sozialdemokraten vor sich hertreibt, hat die SPD bereits fünf Vorsitzende verschlissen und mußte zuletzt auf Franz Müntefering zurückgreifen, der an dieser Aufgabe aber schon einmal gescheitert war.

Aber Lafontaine ist, gerade wegen seiner zügellosen Rach- und Herrschsucht, ein gefährlicher Despot. Die Zusammenführung linker Gewerkschaftler, „irgendwie“ System-Enttäuschter, Alt- und Neo-Kommunisten sowie ehemaliger SED-Aktivisten ist ihm bereits gelungen – zum Entsetzen der gemäßigten Sozialdemokraten. Die aber geraten in ihrer SPD zunehmend in eine Minderheitsposition.

Es ist nicht zu übersehen, daß die Linksaußen-Riege in der SPD auf dem Vormarsch ist. Andrea Nahles, Andrea Ypsilanti, Niels Annen, Otmar Schreiner, Heiko Maaß, Thomas Schäfer-Gümbel, Ralf Stegner, Klaus Wowereit und wie sie alle heißen, sind Namen, die für eine andere Republik und eine andere SPD stehen. Noch wiederholt die derzeitige SPD-Führung gebetsmühlenartig die Beteuerung, eine Zusammenarbeit mit der Links-Partei auf Bundesebene sei ausgeschlossen. Noch! Das hindert die SPD aber nicht, in den Bundesländern Koalitionen mit der Partei „Die Linke“ zu billigen und zu feiern. „Glaubwürdig“ klingt anders!

Wer glaubt denn noch den alten Sozis? Es war doch nicht nur Hessens unsägliche Frau Ypsilanti, die ohne „Die Linke“ nicht wollte (und konnte). Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit sitzt fest in einer Koalition mit den Post-Kommunisten. Und Thüringens SPD-Chef Matschie kann es gar nicht mehr abwarten, mit den SED-Nachfolgern ins Koalitionsbett zu steigen. Der rote Bazillus, so müssen wir diagnostizieren, hat die SPD befallen; sie ist infiziert und krank.

Programmatisch sind sich „Die Linke“ und die SPD näher, als sie offen zugeben möchten: Mindestlohn, Bürgerversicherung, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, höhere Hartz-IV-Bezüge, Bildungs-„Reform“ etc. heißen die Themen, die für beide „zu machen“ sind. Jedenfalls würde keine Koalitionsverhandlung daran scheitern. Ihre ablehnende Haltung zu Nato und EU würde „Die Linke“ dabei gewiß für einige Zeit auf Eis legen. Und über dieses Stöckchen könnte dann die SPD „reinen Gewissens“ in eine Koalition mit der Linken springen. Ob der Außenminister dann noch Steinmeier hieße, tut hier nichts zur Sache. (Es wäre nur eine Petitesse in den vielen Wort-Brüchen dieser Partei.) Sitzen beide Parteien erst einmal fest im Sattel einer rot-roten Regierung, würde man sicher die „heiklen Punkte ausräumen“ können. Sie werden es tun; da

bin ich mir sicher! In einer Koalition mit der SPD kann die Links-Partei nur gewinnen, selbst wenn sie zu vielen Kompromissen gezwungen wäre. „Camouflage“ war schon immer ein Patentrezept der Kommunisten.

Die Links-Partei wächst und wächst - und damit ihr Einfluß. Insbesondere Lafontaine hat dazu beigetragen, ihre Vergangenheit als Staats- und Stasi-Partei vergessen zu machen. Die Linke ist in ganz Deutschland angekommen. „Es ist skandalös“, schreibt Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (WamS 4.1.09), „daß sich die Linke heute voller Stolz und Selbstbewußtsein in die Tradition der verbrecherischen SED stellt. Die führende Rolle, die diese Partei bei der Bspitzelung, Verfolgung und Unterdrückung der DDR-Bevölkerung einnahm, wird bei der Linken gerne heruntergespielt. Dabei war der Führungsanspruch der Partei seit 1968 ausdrücklich im Artikel 1 der DDR-Verfassung verankert: ´Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat (...) unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei...“.

Wir dürfen nicht vergessen - da bin ich mir mit dem leider von Merkel in die Ablage „Alt-Konservative“ gedrängten Schönbohm einig -, daß die SED der verantwortliche Träger des DDR-Systems war. Dieses System brach erst dann zusammen, als die SED-Führung in sich zusammenbrach – unter Druck des sie vermeintlich „liebenden Volkes“. Als Modrow noch von der Herrschaft der Partei schwadronierte, riefen seine Untertanen: „Wir sind das Volk!“ und erreichten den Fall der Mauer.

Was wir schon gar nicht vergessen dürfen: Bis zum heutigen Tag gibt es keine Distanzierung - schon gar keine Entschuldigung - der SED-Nachfolger bei der „Linken“ für die Verbrechen ihrer Vorgänger. Im Gegenteil: Nahezu alle

Funktionäre dieser „neuen Partei des demokratischen Sozialismus“ verharmlosen, beschönigen oder relativieren die Taten ihrer Vorgänger. Man muß nur lange genug erzählen, daß in der DDR *nicht* alles schlecht, alles schlimm war, dann werden die Untaten schon bald vergessen sein. Und um die Frechheit komplett zu machen: Sie bieten für das Deutschland heute auch noch die alten Rezepte aus ihrer sozialistischen Mottenkiste an. Eine solche „politische Fahrerflucht“ darf nicht auch noch belohnt werden. Die Opfer mahnen!

Die Reaktion der Demokraten in unserem Land auf diese Provokation ist jedoch jämmerlich. Die Rezepte, die CDU und Sozialdemokraten gegen die Heilsversprechen der Linken einzusetzen versuchen, erscheinen hilflos und wirkungslos. „*Nun rückt ´mal alle etwas mehr nach links!*“ – so klingt das Abwehr-Motto bei den Christ- und Sozialdemokraten. Ja aber glaubt denn im Ernst jemand, ein Jürgen Rüttgers könne mit seiner selbst gewählten Rolle als CDU-Arbeiterführer, mit seinen markigen Auftritten vor von Kündigung bedrohten Belegschaften und mit staatsmonopolistischen Rettungswerkzeugen der „Linken“ das Wasser abgraben? Da wählen die Leute doch lieber gleich das Original! Nein, die wichtigsten Fragen – und wenn Sie so wollen: Klagepunkte – liegen auf der („rechten“) Hand:

- Wenn die Union nicht einmal in der Lage ist, sich auf ihre eigenen Wurzeln - auch die konservativen - zurück-zubesinnen,
- wenn sie nicht mehr in der Lage ist, ihre traditionellen Werte zu vermitteln,
- wenn sie nicht (mehr) in der Lage ist, *Markt-Wirtschaft* von *Marx-Wirtschaft* zu trennen,
- und schließlich: wenn sie nicht in der Lage ist, ihren „rechten“ Standpunkt zu verteidigen,...

...überläßt sie Neo-Kommunisten und Links-Faschisten die „Hoheit über den Stammtischen“ und gibt die Republik zum Abschluß frei.

Man faßt es nicht, wie schamlos sich die Linke populistischer Parolen bedient und „eigentlich feindliche“ Nachbarschaft nicht scheut: Offenbar hilflos muß die NPD mit ansehen, wie ihre alten Wähler den neuen Parolen der „Linken“ auf den Leim gehen. Doch so neu sind die Parolen gar nicht. Das böse Wort vom „Fremdarbeiter, den wir hier nicht wollen“, gab es schon bei den Nazis, das gibt es auch bei der NPD – und bei Lafontaine. Woraus zu ersehen ist: Der Grat zwischen Rechts- und Links-Extremismus ist sehr schmal.

Schon Johann Wolfgang von Goethe bemerkte treffend: „Geschichte schreiben ist eine Art, sich das Vergangene vom Hals zu schaffen.“ Das hat „Die Linke“ kapiert und schreibt ungeniert an der Geschichte der „guten, alten DDR“. Dem Autor der vorliegenden Publikation ist zuzustimmen: „Die Opfer der DDR-Diktatur werden verhöhnt, die Täter aber werden noch gebraucht.“ Wo ist der Aufschrei gegen die schamlose Schönrederei der DDR? Niemand hat die SED jemals aufgelöst! Sie erfuhr lediglich Namensänderungen: Von SED zu SED-PDS, dann von SED-PDS zu PDS und nun zu „Die Linke“ – wodurch man also mit Fug und Recht konstatieren darf: Grundlage der Links-Partei ist die SED. Karl Marx lebt!

Es ist auch eine Warnung: Schon heute bezeichnen sich fast 40 Prozent der Bevölkerung als „links“. Mag sein, daß das „chic“ ist und jeder etwas anderes darunter versteht. Aber die erschreckende Zahl beweist: Nicht nur die „68er“ sind nach ihrem langen „Marsch durch die Institutionen“ in der Gesellschaft angekommen, sondern auch die Alt-Kader der

SED und die Radikal-Sozialisten – geführt von Lafontaine und Gysi.

Es scheint, daß das Bürgertum die Gefahr nicht erkennt. Es ist höchste Zeit, wach zu werden und aufzustehen! Wir müssen dringend den Kampf um die Deutung der DDR aufnehmen und gegen die „Linke“ führen. Wir brauchen ebenso dringend eine „Kultur der Erinnerung“, die die Lebensleistung der „normalen“ DDR-Bürger von den Lebenslügen der alten SED-Kämpfer trennt. So, wie wir die Greuelthaten der Nazis heute unbefangen aufarbeiten, so müssen wir auch bald, sehr bald, die Taten der SED offenlegen und einer Geschichtsfälschung vorbeugen. Die Lafontaines und Gysis sind dabei, die Deutung der Geschichte der SED zu übernehmen. Gedankenspiele um eine Koalitionsfähigkeit dieser Genossen bestärken sie nur.

In seiner berühmten Rede am 26. Juni 1963 in Berlin rief der damalige amerikanische Präsident John F. Kennedy: „...Ein Leben in Freiheit ist nicht leicht, und die Demokratie ist nicht vollkommen. Aber wir hatten es nie nötig, eine Mauer zu bauen, um unsere Leute bei uns zu halten und sie daran zu hindern, woanders hinzugehen...“.

Lafontaine ist auf dem Weg, genau dies zu tun – zumindest ideologisch. Damals warf ihm sein Parteivor-sitzender Jochen Vogel (SPD) vor: „Die (im Osten) reißen die Mauer ab, und Du versuchst sie wieder aufzurichten!“. Seien wir also gewarnt! Peter Helmes ist zu danken, daß er unzweideutig auf die Gefährlichkeit des Oskar Lafontaine und dessen sozialistische Genossen hinweist.

Berlin, im Mai 2009

I. Oskar Lafontaine, der Zerstörer von der Saar

Von Honecker-Ehrung zu SPD-Fahnenflucht

Es ist September 1987 – der Ministerpräsident des Saarlandes, Oskar Lafontaine, empfängt den „Staats- und SED-Parteichef der DDR“, den Genossen Erich Honecker, geboren in Neunkirchen an der Saar, mit allen Ehren, inklusive Defilée zu den Klängen einer Polizeikapelle. Für Lafontaine ist der Besuch Honeckers eine große Ehre und für Honecker die Krönung seiner „außenpolitischen“ Erfolge und seiner ständigen Bemühungen um die Aufwertung des maroden Systems der DDR. Vorangegangen war eine Reise Lafontaines nach Ost-Berlin im März des gleichen Jahres, bei der Lafontaine die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft in den Raum stellte – ein politischer Eklat. Mit einem einzigen Satz: „...dann wird man irgendwann in der Frage der Staatsbürgerschaft so entscheiden müssen, daß man eben die Staatsbürgerschaft anerkennt...“ hatte Lafontaine das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Frage gestellt („Jeder hat das Recht, deutscher Staatsbürger zu sein“).

Wolfgang Schäuble, zu jener Zeit Kanzleramtsminister, stellte sich die Frage, „ob der saarländische Regierungschef den Vorreiter für die Durchsetzung von Positionen spielen wollte, die bisher nicht einmal der DDR-Staats- und SED-Parteichef Erich Honecker vertreten hat...“.

Zu diesem Zeitpunkt ahnte noch kaum jemand, zu was der Saarländer alles „fähig“ sein kann und noch sein wird. Kein westdeutscher Politiker hatte in den achtziger Jahren intensivere Kontakte zur SED als Lafontaine, der zu Honecker offensichtlich ein besonders inniges Verhältnis zu haben schien; er habe zu dem SED-Generalsekretär „tiefes Vertrauen“, ließ er wissen. (Damals konnte er nicht einmal ahnen, daß er 15 Jahre später quasi Honeckers Nachfolge als

Parteichef antreten werde.) Die beiden Saarländer „konnten“ gut miteinander. Zum 75. Geburtstag des Genossen Erich verfaßte Genosse Oskar eine herzliche Grußbotschaft (im „Spiegel“): *„...man wird Erich Honecker nicht zum Partner haben können, wenn man ihn als Kommunisten nicht respektieren kann...“*. Honecker war so dankbar, daß er mitten im saarländischen Landtagswahlkampf (1989) Katarina Witt zu Lafontaine nach Dillingen entsandte. Kanzler Kohl war darüber „nicht amüsiert“ und beschwerte sich über den „Quasi-Wahlkampfbeitrag“ der DDR-Eisprinzessin im Saarland.

Neunmal traf sich Lafontaine zwischen 1982 und 1989 mit Erich Honecker; Gespräche mit Egon Krenz, Günther Mittag und anderen DDR-Oberern kamen hinzu. Doch *diese* Geschichte nahm für ihn kein glückliches Ende: Gerade ´mal zwei Jahre später fiel die Berliner Mauer. Als Willy Brandt dann mit vielen anderen am Brandenburger Tor das Deutschland-Lied sang, schwieg Lafontaine betreten und sang nicht mit.

Ein zweites Beispiel:

Donnerstag, 11. März 1999, Bonn: Gegen Mittag diktiert Oskar Lafontaine, inzwischen Bundesfinanzminister und SPD-Parteivorsitzender, drei Briefe: an den Bundeskanzler, an den SPD-Bundesgeschäftsführer und an den Bundestagspräsidenten. Alle drei Briefe waren inhaltlich gleich: Rücktritt vom Amt des Finanzministers, Rücktritt vom SPD-Parteivorsitz, Niederlegung seines Bundestagsmandates. In keinem der Briefe gab Lafontaine eine Begründung an. Am späteren Nachmittag werden die Briefe den jeweiligen Adressaten zugestellt. Oskar fuhr nach Hause an die Saar und feierte mit Ehefrau Christa ein freies Wochenende. Wenig später präsentierte er den verdutzten Journalisten, die sich vor seiner Villa eingefunden hatten, um Hintergründe zu erfahren, nicht etwa eine Begründung für seine Rücktritte, sondern zeigte sich

mit breitem Grinsen halb hinter der Mauer seines Anwesens stehend, Sohn Maurice am Arm. Seine derart gesendete Botschaft sollte wohl bedeuten: „Ihr könnt mich ´mal! Ich hab´s allen gezeigt!“ Drehte sich, noch immer grinsend, um und ging zurück ins Haus.

Er hatte niemanden in seine Pläne eingeweiht, mit niemandem gesprochen, nicht einmal mit seiner Frau. Er wollte offensichtlich den ganz großen Knall. Doch sein Schritt war letztlich stillos und feige. Stillos, weil man solch bedeutende Ämter nicht wegwirft wie Müll; feige, weil er quasi durch die Hintertür verschwand. Lafontaine war schlicht beleidigt. Er hatte wohl geglaubt, er wäre mit den Ämtern des Finanzministers und des SPD-Parteivorsitzes mächtiger als Gerhard Schröder und könne damit der wahre Chef der Regierung sein. Er hatte den Dauer-Zweikampf gegen Schröder verloren – als Person und in der Sache, und das ertrug er nicht. Mit seinen finanzpolitischen Vorstellungen hatte er sich nahezu überall blamiert, national und international. Er war, wie ein Journalist schrieb, „grandios gescheitert“. Lafontaine zeigte mit seiner Flucht aus der Verantwortung nur zu überdeutlich, daß er keinen Respekt vor unserem Staatswesen hat und die Staatsbürger verhöhnt. (Dazu paßt übrigens auch die Ernennung des Komödianten Peter Sodann zum Kandidaten der Links-Partei für das Amt des Bundespräsidenten – eine offene Herabwürdigung des höchsten Staatsamtes. Mehr dazu im Kapitel „Oskars Freunde“, Seite 77 ff.)

Doch wer geglaubt hatte, Lafontaine würde sich nach seiner Amtsniederlegung grollend und schmollend auf sein Altenteil setzen, der wurde bald eines Besseren belehrt. Oskar kehrte zurück - schlimmer, zorniger und bissiger denn je, von schierer Rachsucht gegen die SPD und seine alten „Partei-Freunde“ gesteuert.

Diese beiden vorangestellten Beispiele aus dem Leben des Oskar Lafontaine - die Bejubelung Honeckers und das feige Davonschleichen aus wichtigen Ämtern - haben auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun, beweisen aber wesentliche Charaktermerkmale dieses Mannes – ein selbstverliebter Egomane, der immer im Mittelpunkt stehen will. Sein Kompaß zeigt nur eine Richtung: Ich, Ich, Ich!

„Lafontaine ist ein intelligenter Zerstörer, ihm ist die Stabilität der Gesellschaft völlig egal. Er ist beseelt vom Haß auf die SPD, der er mit aller Gewalt schaden will. Dabei schreckt er auch vor rechtsradikalen Tönen nicht zurück. Für Lafontaine ist alles eine Ego-Frage, um politische Programme geht es ihm nicht. Stattdessen ist er ein kalter Populist mit der Fähigkeit, Stimmungen in der Bevölkerung zu erspüren und diese skrupellos für seine Zwecke auszunutzen. Dabei verspricht er den Menschen, daß Milch und Honig fließen.“ (Roland Koch)

Es ist also an der Zeit, Fragen zu stellen. Zu fragen, was Lafontaine umtreibt und bestimmt, zu fragen, aus welcher politischen Ecke er kommt und wohin er will.

- Wer ist der Mann, den Willy Brandt eine „gelungene Mischung aus Napoleon und Mussolini“ nannte?
- Wer ist der Mann, der dem Ex-Kanzler Helmut Schmidt einmal „Sekundärtugenden“ bescheinigte, mit denen „man auch ein KZ leiten kann“?
- Wer ist der Mann, dessen Reden vom ehemaligen Gewerkschaftsführer Rappe MdB als „hundsmiserable Demagogie“ bezeichnet wurden?
- Wer ist der Mann, der von verschiedenen Medien als „Demagoge“ bezeichnet wird - und seine Klagen dagegen verlor?
- Wer ist der Mann, der in kürzester Zeit seine Meinung ins Gegenteil verkehren kann, ohne Gewissensbisse zu zeigen?

- Wer ist der Mann, den Hessens Ministerpräsident Roland Koch „als Gefahr für die Demokratie“ sieht?
- Wer ist der Mann, der eine „Werteorientierung nur am Gewinn“ beklagt, aber gleichzeitig abkassiert, wo immer und soviel auch immer er kann?
- Wer ist der Mann, der gestern noch den Harz IV-Empfängern „soziale Wohltaten“ streichen wollte, heute aber als ihr (vermeintlicher) Anwalt auftritt?
- Wer ist der Mann, der noch 1990 im SPD-Grundsatzprogramm „eine marktbezogene Wirtschaftspolitik“, aber heute eine Verstaatlichung weiterer Bereiche fordert?
- Wer ist der Mann, der höhrend fragt: „Was nutzt einem AIDS-Kranken in Afrika die Pressefreiheit?“

Es ist ein Mann voller Widersprüche, voller Anpassung an „neue Gegebenheiten“, voller Opportunismus und Demagogie – was im Folgenden zu beweisen ist.

Oskar Lafontaine wollte und will viel. Viel Macht, viel Geld, viel Einfluß – und viel Genuß. Kaum hatte er die SPD verlassen, suchte er sich einen neuen Weg nach oben – den Vorsitz in der Partei „Die Linke“. Damit trat er ungeniert das Erbe der Diktatur des Sozialismus an, wollte aber nicht einfach nur ein altes Programm bewahren, sondern wählte bewußt den Weg ganz weit zurück - und erweist sich so als linker Reaktionär. Nicht einmal die Kommunistische Partei in China vertritt ein so umfassendes Verstaatlichungsprogramm wie Lafontaine heute, das sich aus einem demagogisch-populistischen Abschöpfen von Ressentiments nährt. (Näheres siehe Kapitel Wirtschaft, Seite 41 ff.)

Auf seinem neuen Weg nach ganz links treibt ihn vor allem die Demütigung der SPD, der erhoffte Einfluß auf die Bundespolitik und die Macht über die Wirtschaft. „L´état, c´est

moi!“ (der Staat bin ich!), sagte einst der französische „Sonnenkönig“ Ludwig XIV. Das könnte auch Oskar sagen; denn was er vorschlägt, würde die ganze Macht im Staate bedeuten: Erhöhung der Staatseinnahmen um 120, 150, vielleicht 200 Milliarden Euro zum Beispiel, eine Vervielfältigung der Staatsangestellten, Abschöpfung der Unternehmensgewinne („geklautes Eigentum“), kurz: Er will die „Entstaatlichung Deutschlands“ - wie er das nennt - möglichst bald wieder rückgängig machen.

Was ist das, was Lafontaine da vorlegt? Er hält sich wohl für Deutschlands Superstar, für einen „staatlichen Großunternehmer“, der den größten, mächtigsten und einflußreichsten (Staats-)Apparat führt, den man sich denken kann. Da fließen eigenes Ego und politisches Programm paßgenau zusammen. Der Sammelbegriff heißt: Macht, die ganze Macht. Lafontaine zeigt eine nachgerade totalitäre Philosophie, die ihresgleichen sucht. Hinzu kommt, daß er niemanden neben sich verträgt und duldet. Lafontaine kann nur alleine regieren, niemand darf *ihn* regieren. „Lafo Superstar“!

Oskar Lafontaine, am 16. September 1943 geboren, bezeichnete sich schon mit 26 Jahren - nicht ohne Stolz - als „aktiven Verfassungsfeind“, war mit 32 Jahren jüngster Oberbürgermeister einer westdeutschen Großstadt (Saarbrücken) und wurde 1985, mit 42 Jahren, jüngster saarländischer Ministerpräsident. (Nähere Angaben zum Lebenslauf Lafontaines finden sich am Schluß dieser Publikation.)

Die Illustrierte „Quick“ schrieb im Juni 1985 über Lafontaine: *„...Vor drei Monaten versprach Oskar Lafontaine (41): 'Wir nehmen das Stahlprogramm selbst in die Hand!' Kaum war er Ministerpräsident an der Saar, rief er aber schon nach Hilfe vom Staat. Dabei will er diesen Staat gar nicht, sondern einen anderen: Mit Arbeitsbeschaffung ohne Wachstum und mit*

grün-roten Utopien. In der Sicherheitspolitik spielt er laut Helmut Schmidt sogar das Spiel des Kreml. Und in diesem Mann sieht die SPD ihren künftigen Kopf. Einen Wirrkopf...“. Einen Absatz weiter schreibt die Quick: „...*Er will alle, die gegen alles sind, aus allem herausführen: Aus der NATO, aus der Bundeswehr, aus der Marktwirtschaft, aus dem industriellen Wachstum, aus der Abgasentgiftung, aus der Kernenergie, aus dem Bündnis mit Amerika, aus den neuen Medien, aus dem Zwang zu bezahlter Arbeit...“.*

Beim SPD-Parteitag in Berlin Ende 1989 verstieg er sich gar zu der Formulierung: **„Im nächsten Jahr sind die Konservativen zu jagen, ja, zu jagen!“** Und die Genossen beklatschten ihn. Welch eine Sprache! In der DDR, in China, in der Sowjetunion, in Rumänien etc. wurden Menschen „gejagt“. Hier griff Oskar Lafontaine tief ins Wörterbuch des Unmenschen. Wer den politischen Gegner „jagen“ will, vor dem sollte man gewarnt sein. Lafontaine scheint jedes Mittel recht, Aufmerksamkeit zu erregen, im Mittelpunkt zu stehen. Vor Selbstüberhöhung hat er keine Furcht:

Er will - das ist die zentrale Botschaft seiner heutigen Auftritte - endlich groß sein, respektiert und gefürchtet. Original-Zitat Lafontaine auf dem Parteitag der Linkspartei im Jahre 2005 in Berlin: *„Mein Auftritt hier ist ein historisches Datum, auch im Rahmen der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung!“* ‘Ne Nummer kleiner hatte er’s wohl nicht. Oskar, das *„historische Datum“*. Er ist zurück auf der Bühne des Politbetriebes, zurück auf Augenhöhe mit all den Politprominenten, die ihn verachten oder bewundern. Und er redet und redet, er redet alle besoffen. Oskar in der Arena. Oskar, der Wiederauferstandene, Oskar, der Retter.

Oskar, der „Retter“

Oskar, der Retter? Alte „Freunde“ an der Saar wissen es besser, haben eine etwas andere Erinnerung. Nach seinen Rücktritten ist er für einige wenige der Held, für die meisten anderen aber nur ein verbitterter, alternder Egomane, der - von der eigenen Rache getrieben – eine Politik der verbrannten Erde betreibt. Kritik verträgt er nicht, schon gar nicht Kritik an seiner Politik als saarländischer Ministerpräsident und an seinen widersprüchlichen Äußerungen. Wer solcher Art Majestätsbeleidigung wagt, riskiert, daß Oskar ihn abbügelt, in den Senkel stellt. Die eines „Rechtskurses“ völlig unverdächtige sozialistische Zeitung „Junge Welt“ berichtet am 10.05.07 aus einer Veranstaltung mit Lafontaine u. a.: „Kontrovers wurde es, als ein Zuhörer Lafontaine auf seine Vergangenheit ansprach. In den achtziger Jahren hatte der damalige Oberbürgermeister von Saarbrücken eine Vorreiterrolle bei der Umwandlung von Geldleistungen in Sachleistungen inne. Und 1993 stimmte er zusammen mit der CDU für die faktische Abschaffung des Asylrechts. Lafontaine reagierte scharf und verwahrte sich gegen eine Infragestellung seiner Glaubwürdigkeit. Seine Bodyguards drängten den Fragesteller rüde zur Seite. Forderungen nach ´globalen sozialen Rechten´ oder ´vollständiger Bewegungsfreiheit´ bezeichnete er als unrealistisch. Seine damalige Position verteidigte er als notwendig...“. Heute klingt das aus dem Munde desselben Lafontaine ganz anders – frei nach dem Motto: „Was interessiert mich mein dummes Geschwätz von gestern...“.

Die Bilanz seiner Tätigkeit als saarländischer Ministerpräsident ist eine Bilanz der Minusrekorde; sie ist durch und durch negativ. Und ohne die vielen Bundesmittel, mit der die Bundesregierung dem Saarland half, wäre sie noch negativer gewesen. Aber Lafontaine schien die Hilfe aus Bonn wenig zu interessieren. Anfang Dezember 1988 reiste er, statt der

Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl zu einem Gespräch über die Erhöhung des Kohlepfennigs und die geplante Übertragung des Revierausgleichs auf die Kohleländer zu folgen, lieber zu einer Firmenveranstaltung in die Schweiz. Ein Vortrag über „Kommunikation gleich Kulturverlust“ war ihm wichtiger als der Meinungsaustausch über ein Thema, das für das Saarland lebenswichtig ist.

Derselbe Mann greift den heutigen saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller an, er hätte die saarländischen Bergbau-Kumpel im Stich gelassen. Und er wirft Müller vor, in dessen Amtszeit seien die Schulden an der Saar von 6,4 Milliarden auf 10,3 Milliarden gestiegen. „Müller hat das Saarland zum Armenhaus gemacht“ (Lafontaine). Derselbe Lafontaine verschweigt dabei aber, daß während seiner eigenen Regierungszeit die Schulden des Saarlandes von (umgerechnet) 3,68 Milliarden auf 6,49 Milliarden Euro angewachsen waren, also prozentual weit höher als bei Müller.

Von den vielen Versprechungen, die Lafontaine vor seiner Wahl zum Ministerpräsidenten gemacht hatte, ist praktisch nichts geblieben:

- 1990 war das Saarland der am höchsten verschuldete Flächenstaat. Selbst der Finanzminister Lafontaines, Hans Kasper, sprach von einer „bedrohlichen Lage der Landesfinanzen“.
- Der Lafontaine'schen Finanzpolitik zu Lasten der kommenden Generationen entsprach auch seine Wirtschaftspolitik: Der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes lag 1986 um 27 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt und fiel 1987 auf über 31 Prozent.

- 1987 hatte das Saarland die niedrigste Beschäftigtenzahl seit der Eingliederung in die Bundesrepublik Deutschland (1957). Die Arbeitslosenquote lag mit 13,3 Prozent um mehr als vier Prozent über dem Bundesdurchschnitt.
- Nur bei der Verschwendung von Steuergeldern war Lafontaine Spitze. Während Wohnungsbaudarlehen im Saarland abgeschafft oder gekürzt und 36 Grund- und Hauptschulen sowie vier Krankenhäuser geschlossen wurden, stieg die Zahl der Beschäftigten in Lafontaines Staatskanzlei um 42 Prozent. Die saarländische Landesvertretung in Bonn stellte einen Koch mit mehr als 6.000 DM Gehalt ein. Lafontaines Kommentar auf die bundesweite Kritik: „Ein Spitzenkoch leistet mehr als mancher Sesselfurzer.“ Und um den Repräsentationswünschen des Ministerpräsidenten nachzukommen, legte sich die Landesregierung eine Villa in Paris für 17 Millionen DM zu. Man gönnte sich ja sonst nichts.
- Minusrekord bei der Umweltpolitik, Minusrekord bei der Polizei, usw. Überall Minusrekorde. Einen besonderen Trümmerhaufen hinterließ er auch an der Universität des Saarlandes mit damals rund 19.000 Studierenden. Wie fast überall waren auch die Studenten an der Saar-Uni im Dezember 1997 gegen eine Änderung des Hochschulrahmen-Gesetzes und die damit verbundene Einführung von Studiengebühren. Klar, daß sich Oskar Lafontaine, wie viele SPD-Politiker auch, auf die Seite der Studenten stellte und sich mit ihren Forderungen solidarisierte. Das tat er wohl nur als damaliger SPD-Bundesvorsitzender. Der Landes-Politiker Lafontaine und Ministerpräsident des Saarlandes handelte weit weniger solidarisch. Bereits 1993 hatte er der einzigen Universität seines Landes eine Sparrunde verordnet, ihr

aber im Gegenzug versprochen, dies bliebe die einzige Kürzung. Doch das Versprechen hielt nicht lange. 1997 berief Lafontaine eine „externe Sachverständigen-Kommission“ ein, die die Hochschulen des Saarlandes (und des angrenzenden Landes Rheinland-Pfalz) begutachten sollte. Diese Kommission diente offensichtlich als bloße Tarnung der schon längst feststehenden Pläne, weitere Kürzungen vorzunehmen: Gestrichen wurden ganze Studiengänge bzw. Fachrichtungen, wie z. B. Volkswirtschaftslehre, Politikwissenschaft, Orientalistik, Statistik, Geographie, katholische und evangelische Theologie etc. – zum Teil Fächer, die von den Experten kurz zuvor als positive Beispiele für die Saar-Uni bezeichnet worden waren. Nach Oskars „Fahnenflucht“ sorgte dann der neue Ministerpräsident Peter Müller dafür, daß nicht alle Pläne Lafontaines verwirklicht werden konnten.

Oskars Palazzo Prozzo

Das Saarland war für Lafontaine offenbar nur Durchlaufstation zu höheren Ebenen. Aber dem Prunk ist er sich treu geblieben. Lafontaine interessiert sich wohl nicht im Geringsten für die Probleme, die finanziellen Sorgen der „kleinen Leute“. Sein Lebensziel war und ist es, „ganz groß rauszukommen“ und das Volk jubelnd zu seinen Füßen zu sehen. Wer Lafontaine´s Märchenerzählungen und Versprechungen glaubt, der sollte ´mal eine Reise ins Saarland unternehmen und sich den „Palazzo Prozzo“ in Oberlimberg anschauen, den sich der „Saar-Bonaparte“ dort errichtet hat. „Palast der sozialen Gerechtigkeit“ nennt der Volksmund die Villa Lafontaines verächtlich. Das im Toskana-Stil erbaute Haus hat eine Wohnfläche von 280 qm und liegt auf einem 20.000 qm großen Grundstück. Nicht gerade typischer „Saarland-Stil“.

Um nicht mißverstanden zu werden: Jedermann hat das Recht, so zu leben oder zu bauen, wie er will, auch Lafontaine. Das nötige Kleingeld dazu hatte er allemal (siehe Kapitel „Oskars Geld“, Seite 30). Aber hier geht es um „Stil“ im doppelten Sinne des Wortes. Zum einen: Wer heute lauthals die Sorgen und Nöte der „kleinen Leute“ und der Harz-IV-Empfänger beklagt, sollte durch seinen Lebensstil nicht unnötig provozieren. Zum anderen: Wenn er schon eine solch auffallende Villa in einer dazu nicht passen wollenden Gegend baut, hätte er wenigstens den Prunk ein wenig verbergen können. Es scheint aber, daß Lafontaine auch hier „den ganz großen Maxe“ geben wollte. Darin gleicht er gewiß seinem politischen Urahn August Bebel, der als Verleger von sozialistischen Druckwerken Millionär wurde und sich dann ein sehr ordentliches Anwesen in der Schweiz zulegen konnte.

Der bekannte Architekturkritiker Gerwin Zohlen findet für den Palast Lafontaines in der Süddeutschen Zeitung (26.08.05) deutliche Worte: *„...Genau betrachtet ist Lafontaines Haus mehr Geste als Architektur. Es erinnert an Fototapeten, die Palladio, Arkadien und die Renaissance illuminieren sollen, aber diese Prätention natürlich nicht einlösen. (...) In Rudolf Borchardts 'Villa' ist trefflich nachzulesen, daß die Inszenierung des Zugangs ein Herzstück aller Villenarchitektur ist. Hier (bei Lafontaine) ist sie schlicht ungelent und wirkt wie die Zufahrt zum Wohnwagen auf dem Campingplatz. Eine echte Villa zieht sich ins Halblicht, hinter Platanen vielleicht oder in die Tiefe des Grundstücks zurück, aber präsentiert sich nicht so schamlos offensiv. (...) Lafontaine hat diesen Konsens gebrochen und wird dafür nun tüchtig verhauen. Aber warum soll man ihm den Versuch, etwas namhaft Eigenes von heute hinzustellen, zum Vorwurf machen? Zu mehr als einer Kulisse hat's noch nicht gereicht. Weiter üben, möchte man also rufen. (...) Es gilt in der Gesellschaft immer noch, was Hans Magnus Enzensberger unnachahmlich auf die Formel*

brachte: Architekten verdienen zwar besser als Dichter, dafür werden sie aber auch 'vom schwelenden Haß all derjenigen verfolgt, die gezwungen sind, in ihren Werken zu hausen'...“ Schon die alten Römer wußten, daß sich über Geschmack schlecht streiten läßt („de gustibus non est disputandum“). Also lassen wir doch Oskar in seiner Hütte „hausen“! Als Mitglied der (imaginären) „Toskana-Fraktion“ hat er genügend andere Dinge, die ihn von den gerne zitierten „Sorgen und Nöten des kleinen Mannes“ ablenken können.

Leben für „Soziale Gerechtigkeit“ – die Toskana-Fraktion

Nie stimmte das Klischee vom „armen Sozialisten“ und „reichen Kapitalisten“ so wenig wie in der Jetzt-Zeit. Vorbei die alte bürgerliche Anstandsgesellschaft, die noch Tugenden frönte, wie z. B. Fleiß, Gewissenhaftigkeit, Anstand, Pflichtgefühl. „Sekundärtugenden“ also, wie Lafontaine sie einst seinem Genossen und Ex-Kanzler Helmut Schmidt vorwarf: Mit dieser Art Tugenden, meinte Lafontaine, „könne man auch ein KZ betreiben“. Helmut Schmidt wird diesen Angriff seines Parteifreundes verkräftet haben. Aber der verbale Ausfall Lafontaines bewies wieder einmal, aus welcher geistigen Quelle er sich speist.

Lafontaine ist typischer Exponent einer neuen Epoche ökosozialer Linker, deren Lebensmotto „ficken, fressen, saufen“ (Lafontaine) so richtig in die von ihnen gelebte „Spaßgesellschaft“ paßt. In Frankreich hat man für den wenig proletarischen Genußstil dieser „Salon-Marxisten“ ein treffendes Wort gefunden: „gauche caviar“ (linker Kaviar), weil sie, die Linken, zu Champagner und Kaviar trefflich über das Elend in der Dritten Welt zu räsonieren pflegen. Das pharisäerhafte Gehabe der Linken zeigt eine sittliche Zerrüttung, die sich nach außen als gutmenschlich darstellt, aber mit einem verkrampften großbürgerlichen Lebensstil einhergeht. Diese politische „Bussi-Gesellschaft“ reklamiert für

sich nicht nur, die „richtige Moral“ zu besitzen, sondern zeigt sich auch stets auf der Seite der „Armen und Geknechteten“. Die Rede ist insbesondere von der „Toskana-Fraktion“, zu der natürlich auch Oskar gehört.

Der Begriff wurde in den achtziger Jahren geprägt, als die einstmaligen „Rebellen“ der 68er-Generation - ermattet von ihrem „Marsch durch die Institutionen“ – die Vorzüge des toskanischen Lebensstils für sich entdeckten: Sonne, Meer, Wald und Wein, Trüffel, Pasta – und einen Hang zur Faulheit. Der wortgewaltige Toskaner von der Saar, Oskar Lafontaine, erfand dazu die passende Forderung: *„Recht auf Faulheit für alle, die heute Arbeit haben“*. Die „Befreiung von der Erwerbsarbeit“ müsse das Ziel sein – weshalb die Einführung einer „Grundsicherung“ die logische Konsequenz zu sein habe. Denn wer weniger arbeite und einfach faul sei, handele nach Auffassung Lafontaines „bewußt sozial“ und verweigere sich der „kapitalistischen Ausbeutung“. Damit dürfte also auch dem Letzten klar geworden sein, warum er gerade Helmut Schmidt dessen „Sekundärtugenden“ vorwarf.

Noch sind die „Mitglieder“ der Toskana-Fraktion nur einige wenige - der „Marsch durch die Institutionen“ ist ja noch nicht überall zu Ende -, aber sie sind alle dem linken Spektrum zuzuordnen: Da finden wir zum Beispiel Björn Engholm, den gescheiterten SPD-Vorsitzenden; Gerhard Schröder - der mit den teuren Brioni-Anzügen, den dicken Havannas und mehreren Ehefrauen - Ex-Kanzler und ebenfalls gescheiterter SPD-Vorsitzender; Joseph („Joschka“) Fischer - der mit den vielen Frauen -, glückloser Ex-Außenminister und Steinewerfer, und die Heulmutter der deutschen Linken, Claudia Roth („Grüne“), sowie ihren Parteifreund Jürgen Trittin. Oskar Lafontaine urlaubt bevorzugt in Capannori, ein kleines Städtchen am Rande von Lucca, einer Perle unter Italiens

geschichtsträchtigen Städten. Im nahen Örtchen Montecarlo gedeiht der beste Rotwein der Gegend. Oskars Leben!

Auch wenn sie dort nicht gemeinsam tagen, werden sie doch als „Fraktion“ bezeichnet, weil sie alle ein besonderer Hang eint: die Nachahmung der klassischen Bohème – bukolische Genüsse inklusive. Wie das aber zu der preußisch-protestantisch geprägten Sozialdemokratie oder gar zur mottenkistenreifen Kleinbürgerlichkeit der SED/Links-Partei paßt, bleibt ihr Geheimnis. Nun ja, das Herz schlägt links, der Gaumen aber mag's lieber rechts. Oder, wie Lafontaine es ausdrückt: *„Es scheint mir ein nicht ausrottbares Vorurteil zu sein, daß jemand, der für soziale Gerechtigkeit eintritt, nicht gut essen darf“* („Die Zeit“, 28.1.2000).

Allerdings stößt der Genußstil Lafontaines nicht überall auf ungeteilte Zustimmung. *„Ich stimme den Kritikern in meiner Partei zu, die Oskar Lafontaine als Luxus-Linken bezeichnen. Die Glaubwürdigkeit des Einsatzes für die sozial Benachteiligten leidet darunter“*, klagt etwa der frühere Chefdenker der PDS, André Brie. Lafontaine sei der „Napoleon der Saar“ gewesen, der es immer verstanden habe, gut zu leben (Brie). *„Das ist unsereinem fremd. Ich finde das auch fragwürdig“*, fährt Brie fort.

Soll er doch gut essen und gut leben, der liebe Oskar! Das nötige Kleingeld für seinen neuen Lebensstil hat er sich schließlich „redlich“ erwirtschaftet – was uns zu einer weiteren Neigung Lafontaines führt:

Oskar und das liebe Geld

Über Geld spricht man nicht. Das meint auch Lafontaine, und deshalb trägt auch schon ´mal ein Honorar-Vertrag den Zusatz „vertraulich“ bzw. „nicht für die Öffentlichkeit bestimmt“. Trotzdem ist einiges darüber ruchbar geworden, woher „das Geld“ Oskars stammt.

So verbindet er gerne seine politischen Auftritte mit Werbeveranstaltungen für seine Bücher, gegen gutes Honorar, versteht sich. Sein erfolgreichstes Buch „Das Herz schlägt links“ (1999), in dem er mit der SPD abrechnete, brachte ihm einen wahren Geldsegen: Er hatte in den Vorverhandlungen die möglichen Verlage solange gegeneinander ausgespielt, bis er ein Honorar von schätzungsweise 800.000 DM erreichte. Heiner Lindner, Chef des SPD-nahen Dietz-Verlages, der sich um einen Vertrag mit Lafontaine beworben hatte, schildert in einem ausführlichen Bericht, wie sein vermeintlicher Freund und Parteigenosse Lafontaine ihn bei den Verhandlungen regelrecht aufs Kreuz gelegt hatte. Ein kleiner Auszug des Lindnerschen Vermerks verdeutlicht seine Verbitterung:

„...(Lafontaine) spricht von Ethos. Aber ich glaube ihm das nicht. Ihm geht es nicht um das Schicksal der Arbeitslosen, ihm geht es allein noch darum, für sich selbst soviel Geld wie eben möglich zu bekommen. Er hat keine Prinzipien, die von Dauer wären. (...) Das ist der neue Oskar Lafontaine, wie ich ihn heute sehe. Und, wie ich selbstkritisch eingestehen muß, es ist auch der alte. Ich habe mich täuschen lassen, jahrelang täuschen lassen: Sein Herz schlägt link, nicht links...“

„...der Widerspruch in Lafontaines Verhalten: Auf der einen Seite stellt er Forderungen auf, die privilegierten Einkommensschichten zusätzlich zu belasten, auf der anderen Seite verhandelt er wie ein Zocker, wenn es um sein privates Einkommen geht...“

„Der Spiegel berichtet erstmals über den Sieger im Rennen um die Rechte (an Lafontaines Buch): Er soll 800.000 Mark Garantiesumme geboten haben...“.

„Ich ziehe meine Lehren aus dem Ganzen. (...) Im konkreten Fall bin ich unterlegen, weil ich zu meinem Verhandlungspartner volles Vertrauen hatte, dieser aber skrupellos, zeitweise auch unehrlich, auf jeden Fall geldgierig war und mich reingelegt hat“ („Die Zeit“, 14.01.99). Bleibt noch nachzutragen, daß Lindner stets geglaubt hatte, mit Lafontaine eng befreundet gewesen zu sein. Heute ist er das sicher nicht mehr.

Ein kleiner Blick in Oskars Portemonnaie

- Nach einer Meldung des Hamburger Abendblattes forderte Lafontaine für die Teilnahme an einer Podiumsdiskussion der ASU (Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer) ein Honorar von 10.000 Euro. Und nach einem Bericht der „Passauer Neuen Presse“ gibt er Interviews nur gegen Honorar. Das habe Lafontaines Büro mitgeteilt. „Er hat Honorarsätze“, zitiert das Blatt das Büro; so „um die 1.000 Euro“ koste ein Zeitungsinterview in der Regel.

- Lafontaine kann noch mehr, z. B. Werbung machen. Für einen Fernsehwerbespot der Firma Danone (Yoghurt) vereinbarte er ein Honorar von 100.000 DM, das er allerdings dem Verein seiner Ehefrau Christa, „Intact“, spendete.

- Noch erfolgreicher ist er, wenn andere ohne seine ausdrückliche Zustimmung mit ihm Werbung machen: So forderte er von einer Direktanlagebank 250.000 DM Schadenersatz für die nicht genehmigte Werbung mit seinem Bild. Und vom Autovermieter Sixt erhielt er – gerichtlich zugesprochen – 100.000 Euro, weil dieser mit einem Bild Lafontaines geworben hatte („Verletzung der Persönlichkeitsrechte“). Der von Sixt verwendete Slogan hieß sinnigerweise:

„Sixt verleast auch Autos für Mitarbeiter in der Probezeit“.
(Lafontaine hielt es ganze 186 Tage im Amt des Finanzministers aus.)

- Nach seinem Rücktritt 1999 schloß er mit der BILD-Zeitung einen Vertrag ab, der ihm für eine tägliche Kolumne stolze 6.000 Mark pro Monat einbrachte. Als Lafontaine ankündigte, er werde wieder in die Politik zurückkehren, beendete der Verlag die Zusammenarbeit mit ihm. Lafontaine wehrte sich – mit Erfolg. Der Axel Springer-Verlag mußte ihm bis Januar 2006 monatlich 5.000 Euro zahlen – ohne erkennbare Gegenleistung. „Pacta sunt servanda“, teilte der Verlag trocken mit. Texte würden von ihm aber nicht mehr angefordert.

- Ganz nebenbei darf man erwähnen, daß Lafontaine bei seinem Ausscheiden aus dem Bundestag ein Übergangsgeld von 106.000 DM kassierte und Anspruch auf eine Rente von monatlich 16.000 DM hatte. Wie schrieb Lafontaine einmal so sinnig? *„Die deutsche Wirtschaft lahmt, weil die Reichen den Hals nicht vollbekommen...“*

- Pech hatte Lafontaine allerdings bei seinem Ausscheiden aus dem Amt des Saarbrücker Oberbürgermeisters. Er mußte 1993 die Summe von 229.000 DM zurückzahlen, die er wegen einer falschen Auslegung der gesetzlichen Regelungen zu Unrecht kassiert hatte. Lafontaines Pensionsansprüche aus seiner OB-Zeit waren nicht ordnungsgemäß mit seinen Bezügen als saarländischer Ministerpräsident verrechnet worden. Als der Finanzrechtler Prof. Herbert von Arnim den Sachverhalt klar belegen konnte, zahlte Lafontaine ohne Gerichtsverfahren die Summe zurück. Der Vorgang wird seitdem als „Lafontaines Gehaltsaffaire“ bezeichnet.

Oskars Rotlicht-Affaire und „Schweinejournalismus“

Und wenn wir schon ´mal bei „Affairen“ sind: In einer anderen Geschichte, der sogenannten „Rotlicht-Affaire“, ermittelte gar die Saarbrücker Staatsanwaltschaft gegen ihn. Der Verdacht, daß Lafontaine während seiner Zeit als Oberbürgermeister einer Rotlicht-Bar besondere Steuervorteile verschafft sowie Informationen über bevorstehende Razzien zugespielt habe, konnte nie glaubhaft ausgeräumt werden. Lafontaine bestritt zwar nicht, sich öfter in solchen Lokalen aufgehalten zu haben, wies aber alle daraus abgeleiteten Verdächtigungen zurück. Das sei „Schweinejournalismus“, meinte er, und verhinderte die Ausstrahlung eines NDR-Berichtes zu dem Fall durch eine gerichtliche Verfügung.

Und auch das noch: Nach einer Meldung der Berliner Zeitung habe sich Lafontaine über 8.000 DM Prozeßkosten im Zusammenhang mit der Rotlicht-Affaire aus der SPD-Parteikasse zahlen lassen. Dies gehe aus einem Brief des Geschäftsführers der Saar-SPD sowie aus einem entsprechenden Zahlungsbeleg hervor. Sein anwaltlicher Vertreter in der Rotlicht-Affaire war übrigens sein Zwillingbruder Hans. Geld stinkt eben nicht.

Oskars kleiner Medien-Krieg

Die „Rotlicht-Affaire“ hatte für Lafontaine zwar keine weiteren Konsequenzen, aber er fühlte sich von der Berichterstattung der Medien über die Affairen arg gebeutelt. Um solch Unge-
mach für die Zukunft auszuschließen und der schreibenden Zunft zu zeigen, wo Bartel den Most holt, initiierte er im Jahre 1994 eine Änderung des saarländischen Pressegesetzes. Kern des Saar-Gesetzes: Der sogenannte „Redaktions-
schwanz“, mit dem in Zeitungen bisher am Ende einer Gegendarstellung darauf hingewiesen wird, daß man zu deren Abdruck ohne Prüfung des Wahrheitsgehaltes verpflichtet sei,

sollte verboten werden. Erst in späteren Ausgaben sollten Redaktionen auf Gegendarstellungen reagieren können.

Ist ja auch wirklich unangenehm, wenn Medien aus presserechtlichen Gründen zwar zum Abdruck von Gegendarstellungen verpflichtet sind, diese aber in aller Regel durch einen Kommentar zum Text der Gegendarstellung auf derselben Seite unterlaufen können. Doch bitte nicht mit Oskar, und komme mir ja niemand mit „Pressefreiheit“! Wäre ja noch schöner, wenn der Autokrat von der Saar Widerspruch hinnehmen müßte! Das wäre doch glatt Majestätsbeleidigung! Zum Glück gilt dieses „Gesetz“ nur für die im Saarland gedruckten Blätter, nicht für überregionale Medien.

Oskars Widersprüche

Oskar Lafontaine ist voller Widersprüche und gebiert täglich neue. Einer seiner besonderen Sätze lautet: *„Ehe man mit dem Finger auf andere zeigt, muß man sich selbst kritisch prüfen“.*

Bei einer Konferenz im Dezember 2008 zum Thema „Menschenrechte und Sozialismus“ hätte er die Probe aufs Exempel machen können. Doch die *„selbstkritische Prüfung“* in dieser Frage fiel bei Lafontaine außerordentlich kurz aus. „Die DDR“, verkündet er politisch korrekt, war „weder sozialistisch noch demokratisch“ und habe „politische Freiheiten nicht gewährleistet“. Das war´s, kurz und knapp. Wer gehofft hatte, jetzt würde der Vorsitzende der SED-Nachfolgepartei über den Schießbefehl an der Mauer, über Gulag oder Schauprozesse reden, wurde enttäuscht. Er redete auch nicht über die sozialistischen Parteien, die in ihren Hymnen zwar „das Menschenrecht erkämpfen“ wollten, eben dieses aber ihren Untertanen versagten.

Nein, Lafontaine hatte die *wahren* Menschenrechtsverletzer im Visier: den „Terroristen“ George W. Bush und dessen Krieg ums Öl im Irak sowie die „privaten Milliarden-Vermögen“, die nur durch „Enteignung der Arbeitnehmer“ möglich geworden waren. Selbstverständlich prangerte Lafontaine auch die „Neo-Liberalen“ im Bundestag an - wozu seine „Linke“ natürlich nicht gehört - und wirft ihnen die Mitwirkung an Menschenrechtsverletzungen in Deutschland vor. Menschenrechte sind nämlich nach Oskars Meinung „Widerstandsrechte gegen alle Formen von Ausbeutung, Unterdrückung, Manipulation und Krieg“. Und die Erde ist eine Scheibe...

- Wie manipulativ Lafontaine bei seinen Argumentationen vorgeht, zeigt auch die folgende Passage eines Interviews mit der „Passauer Neuen Presse“: *„...Für den Niedergang der SPD ist die falsche Politik der letzten zehn Jahre verantwortlich. Dafür stehen die Namen Schröder, Müntefering und Struck. Ich hoffe, daß die Sozialdemokraten bald zu einer Politik zurückfinden, wie sie unter den Kanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt noch selbstverständlich war...“*

Lafontaine schreckt nicht einmal davor zurück, die Ikonen der SPD für sich zu instrumentalisieren – obwohl er Helmut Schmidt oft genug kritisiert und attackiert hatte. Und er verschweigt dem arglosen Leser, daß er selbst Mitverfasser des SPD-Wahlprogramms war, das er heute angreift.

- Zu diesen Widersprüchlichkeiten Lafontaines passen auch seine Ausführungen zu den Sozialtransfers. *„Die Umverteilung nach oben geht in brutaler Weise weiter...“*, stellt er fest. Klingt gut, ist aber falsch. Eine „Umverteilung von unten nach oben“ gibt es schon deshalb nicht, weil dies bedeuten würde, Steuern von

Armen zu kassieren und dafür soziale Wohltaten an Reiche zu verteilen. Eine irrwitzige These, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, daß die Sozialtransfers an die unteren Schichten inzwischen eine Höhe von rund 700 Milliarden Euro jährlich erreicht haben. Aber für Lafontaine zählen nicht Fakten, sondern nur Stimmungsmache. Ein Demagoge eben!

Hier ein kleiner Überblick über einige seiner demagogischen und/oder widersprüchlichen Punkte:

- Lafontaine war als saarländischer Ministerpräsident einer der härtesten „neoliberalen“ Politiker Deutschlands und bekannte sich zur Marktwirtschaft.
- Lafontaine hatte als SPD-Führungsfunktionär die Beschlüsse seiner Partei stets mitgetragen, ganz gleich, ob es um Militär-Einsätze ging oder um die Beschneidung des Asylrechts.
- Lafontaine begeisterte sich für die Idee Schilys, Internierungslager für afrikanische Flüchtlinge in der Nordsahara zu errichten.
- Der „Kämpfer für Freiheit und Gerechtigkeit“, Oskar Lafontaine, scheute sich auch nicht, tief in das Vokabular des Dritten Reiches zu greifen: „Der Staat ist verpflichtet, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen; er ist verpflichtet zu verhindern, daß Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil *Fremdarbeiter* zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen.“ Das kam bei seiner SED-Klientel gut an – vor allem aber auch bei der NPD, die Lafontaine für seine Wortwahl öffentlich lobte. Auf ihren Plakaten schreibt die NPD ganz ähnlich: „Fremdarbeiter stoppen!“ Klingt wie bei Oskar. Das ist nicht nur Populismus pur, das ist auch Schüren von Fremdenhaß. „Fremdarbeiter“ – das

ist ein eklatanter Tabubruch in der politischen Kultur unseres Landes.

- Der heute so vehement für die Rechte der „Unterprivilegierten“, neudeutsch: „Prekariat“, eintretende Lafontaine forderte ungeniert im Jahre 1988 eine *„Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich“*. Der Sozialdemokratische Pressedienst seiner eigenen Partei warf ihm daraufhin vor, einen „Mangel an Kenntnissen gewerkschaftlicher Praxis“ zu offenbaren und „eine Scheindiskussion“ aufzubauen. Es wäre falsch, fährt der SPD-Pressedienst fort, *„die Debatte mit einer sich steigernden rhetorischen Dosis, aber ohne ernsthaften Tiefgang zu führen. (...) „Oskar Lafontaine muß sich an der konzeptionellen Substanz seiner ‘Gesellschaft der Zukunft’ messen lassen. Doch: gewogen und zu leicht befunden. Seine Rezepte offenbaren fundamentale Schwächen: (...) Mit seiner Relativierung der Erwerbsarbeit erreicht er nicht die notwendige Erweiterung des Arbeitsbegriffes (z. B. unbezahlte Tätigkeiten) und eine Verzahnung mit den gesellschaftlichen Problemen, vielmehr eröffnet er eine Verteilungsdiskussion innerhalb der verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen...“*. Es scheint, daß Lafontaine aus dieser Schelte gelernt hat; denn heute will er von seinen alten Ansichten nichts mehr wissen. Die Widersprüche aber bleiben.
- Eine der übelsten Methoden, derer sich Lafontaine bedient, ist die ständige Wiederholung von Unwahrheiten. So behauptete er mehrmals, Angela Merkel habe in Moskau studiert – zuletzt in der ARD-Sendung „hart, aber fair“. Die Behauptung stimmt nicht. Aber Lafontaine stellt sie weiter auf. Irgendwann werde sie nicht mehr als Behauptung, sondern als Fakt wahrgenommen – so das hinterhältige Kalkül.

- Lafontaine, der nach seiner „Fahnenflucht“ der Anti-Globalisierungsbewegung „attac“ beitrug, ist ein verbissener Kämpfer gegen die Globalisierung. Auch da findet er lauter Freu(n)de bei der NPD, die nicht müde wird, sich als „entschiedene Globalisierungs-Gegnerin“ aufzuführen. Vorher klang das bei Oskar anders. Original-Ton des selbst ernannten Weltwirtschaftsregulierers Lafontaine: *„ Deutschland ist als Exportweltmeister der größte Nutznießer der Globalisierung.“* Was meint er denn nun wirklich? Nutznießer oder Sünder? Wieder so ein Widerspruch. Weiß Lafontaine eigentlich, wo er wirklich steht? Gestern so, heute anders – und morgen...?

Oskars Horror vor der deutschen Einheit

Ein besonders eklatantes Beispiel der Widersprüchlichkeit Lafontaines ist seine Haltung zur deutschen Einheit. Oskar Lafontaine war vor der Wiedervereinigung bekennender „Zweistaatler“ – zwei deutsche Staaten mit jeweils eigener Staatsangehörigkeit. Auch damit ist er krachend gescheitert. Wobei bitter zu vermerken bleibt, daß er heute ausgerechnet der Partei vorsitzt, die am meisten von der alten SED-DDR mit herübergezogen hat.

Lafontaine bewies in allen seinen Äußerungen eine anti-nationalstaatliche Position, die dann aber durch die Wiedervereinigung fundamental widerlegt wurde. Noch am 27. November 1989 rief er allen Ernstes dazu auf, den Zuzug von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik administrativ zu begrenzen. Er sprach gar von *„nationaler Besoffenheit“*.

Die „Rheinische Post“ kommentiert am 28. November 1989: *„Unverantwortlich verhält sich der stellv. SPD-Vorsitzende Lafontaine. Ausgerechnet ein führender Sozialdemokrat will bestimmte Deutsche vom sozialen Sicherungssystem der*

Bundesrepublik ausschließen. (...) Derselbe Lafontaine möchte Asylbewerber aus Afrika eher hier aufnehmen als deutsche Spätaussiedler...“

Lafontaine hatte ein Problem: Er hatte die Teilung Deutschlands in zwei souveräne Staaten vollkommen verinnerlicht und huldigte dem Status quo. Als jedoch die Vereinigung Deutschlands durch eine echte Revolution von unten - „Wir sind das Volk“ – Wirklichkeit zu werden drohte, griff Lafontaine tief in seine Trickkiste: Er wollte die SPD auf ein „Nein“ zum Einigungsvertrag im Deutschen Bundestag und ein „Ja“ im Bundesrat festlegen. Doch dieses Spiel war schnell durchschaut; die SPD-Fraktion verweigerte Lafontaine ihre Zustimmung zu diesem fragwürdigen Winkelzug und stimmte dem Einigungsvertrag in beiden Kammern zu. Der damalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel kanzelte ihn barsch ab: *„Die bauen die Mauer ab, und Du versuchst sie aufzurichten!“*

Otto Graf Lambsdorff, damals Vorsitzender der FDP: *„Wer wie Oskar Lafontaine in seinem Programm ‘Fortschritt ‘90’ Karl Marx rechtfertigend zitiert - der im Godesberger Programm mit keinem Wort erwähnt wird - kann der endgültigen Beerdigung des Herrn Marx natürlich nicht mit Begeisterung zusehen. Das paßt ihm nicht. Und das merken die Leute in der DDR genau. Und weil sie’s merken, fürchtet er sie im gesamtdeutschen Wahlkampf. Muß er auch.“*

Die Quittung des deutschen Volkes bekam Lafontaine postwendend: Im Dezember 1990 erreichte die SPD unter ihrem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine mit 33,5 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis einer Bundestagswahl seit 1957.

Dem früheren Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein ist zuzustimmen. Schon 1992 prägte er den Satz: *„Der Fall Lafontaine ist einer der unangenehmsten, der mir je unter-*

gekommen ist.“ Augstein hatte wohl nicht mit seinen journalistischen Kollegen gerechnet. Da ging kein Aufschrei durch die Blätter, als Lafontaine sein unsägliches Zitat von den „Fremdarbeitern“ absonderte. Nein, Schweigen im Blätterwald. Stattdessen wird ihm der rote Medient Teppich ausgebreitet:

Das Politik-Magazin „Cicero“ hat im Frühjahr dieses Jahres die Zusammensetzung der Teilnehmer an den drei wichtigsten Politik-Talkshows unseres Landes unter die Lupe genommen, also die Sendungen mit Anne Will, Frank Plasberg und Maybritt Illner. Das (nicht) überraschende Ergebnis: Oskar Lafontaine war der häufigste Gast dieser Talkshows. Mit acht Auftritten im Jahre 2008 hielt er die Spitze vor Jürgen Trittin und Guido Westerwelle (je sechs Mal). Lafontaine hat also die meisten Auftritte, obwohl er der kleinsten Fraktion im Bundestag vorsitzt. Man hilft sich eben in einschlägigen Kreisen.

Und ganz nebenbei fand „Cicero“ auch heraus, wie die Parteien in den Talkshows vertreten waren: In 89 von 118 Sendungen waren Politiker der SPD beteiligt, 21 mehr Auftritte als die Zahl der CDU-Vertreter. Das beweist doch endlich, wie ausgewogen unsere öffentlich-rechtlichen Kanäle funken.

II. Oskars wundersame Welt der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Grandios gescheitert

Oskar Lafontaine ist der Mann mit der größten Macht in der Links-Partei: Er ist sowohl (neben Bisky) Parteivorsitzender als auch (neben Gysi) Fraktionsvorsitzender der „Die Linke“ im Deutschen Bundestag. Damit „steht“ er in vollem Maße für die Partei, seine persönlichen Politikgedanken sind nicht mehr von denen seiner Partei zu trennen – es sei denn, er würde sich ausdrücklich von politischen Äußerungen aus seiner Partei distanzieren. Solange er das nicht tut, darf man davon ausgehen, daß er zustimmt. Man kann sich also mit den wirtschafts- und gesellschaftlichen Vorstellungen Lafontaines nur auseinandersetzen, wenn man die programmatischen Ideen in der Links-Partei in die Betrachtungen mit einbezieht.

Lafontaine ist Diplom-Physiker, gibt aber gerne allüberall den Weltökonom. Nach dem Fall der Mauer wies er zwar zu Recht auf die hohen Kosten der deutschen Einheit hin. Die Rezepte jedoch, die er seitdem für die deutsche Volkswirtschaft anbietet, lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Lafontaine nichts anderes will als Sozialismus, möglichst weltweit; denn nur eine sozialistische Welt ist eine gute Welt. Wie ein trotziges Kind, dem man sein Lieblingsspielzeug wegnimmt, resignierte Lafontaine und schlich sich weg, als er merkte, daß niemand mit ihm mitspielen wollte. Das wurde bei seinen Rücktritten (Finanzminister und SPD-Vorsitz) sehr deutlich. Mag ja sein, daß die beiden politischen „Alpha-Tiere“ Schröder und Lafontaine heillos zerstritten waren, daß jeder von ihnen glaubte, den anderen übertrumpfen zu können. Mag ja auch sein, daß nie geklärt wurde, wer denn nun bei den Sozialdemokraten die Nummer eins war. (Fast lustig in diesem Zusammenhang ist schon die Benennung der Beiden in der

Hierarchie des Willy-Brandt-Hauses in Berlin: Man sprach von „Nr. 1a“ und Nr. „1b“, weil sich im SPD-Hauptquartier niemand traute festzulegen, wer die „Nr. 1“ und wer die „Nr. 2“ ist.)

Nein, die Wahrheit hinter Lafontaines Rücktritten liegt in seinem Scheitern, vor allem in seinem Scheitern als Bundesfinanzminister. Kaum im Amt, wurde in der EU schon nach wenigen Wochen seine Kompetenz angezweifelt. Seine Konzepte waren nach Ansicht der europäischen Kollegen und Fachleute so abstrus, daß das negative Bild vom deutschen Finanzminister bald Schatten auf die ganze Bundesrepublik zu werfen drohte.

Oskars wundersame Welt der Wirtschafts- und Finanzpolitik befremdete die Freunde Deutschlands zunehmend. *Deshalb* (!) ist Lafontaine aus seinem Amt geflohen, „hat den Bettel hingeschmissen“ (SPD-MdB Ferner). Um von seinem Versagen als Finanzminister abzulenken, gab er gleich noch den Parteivorsitz der SPD ab. (Und es ist ein Treppenwitz der Geschichte, daß auch sein heutiger Parteifreund Gregor Gysi sich als unfähig erwies, sein Amt als Berliner Wirtschaftssenator erfolgreich auszufüllen. Auch er scheiterte nach kurzer Amtszeit.) Nun treten die beiden Gescheiterten als sozialistisches Tandem feste in die Pedale und wollen der Welt beweisen, daß Karl Marx lebt.

Auf dem Weg zur „Diktatur des Proletariats“

Lafontaines Devise „*Freiheit durch Sozialismus*“ (FAZ vom 9.7.07) klingt griffig, steht aber nicht für Freiheit, sondern zeigt den Weg in den Sozialismus. Lafontaines Vorstellung von „Freiheit“ weicht wesentlich vom Freiheitsbegriff des Grundgesetzes ab. Im Zentrum der Vorstellung Lafontaines stehen nicht die Grundrechte des Individuums zur Sicherung dessen Freiheitsraumes gegenüber dem Staat, sondern die der „Gesellschaft“ (das „Kollektiv“) – das alte Marx'sche

Prinzip: „Gesellschaft/Kollektiv“ versus „Individuum“. Das Grundrechtsdenken Lafontaines soll das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern, also Ansprüche gegenüber Staat und Gesellschaft. Logischerweise zählt Lafontaine dann solche Teilhaberechte dazu wie etwa den Kündigungsschutz, die Mitbestimmung und die Gewerkschaften, die „die Schwachen“ schützen sollen.

Ganz im Gegensatz zu dem, was er früher postuliert hatte, sieht Lafontaine heute Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung - die die Freiheit erweitern - als Teufelszeug, weil sie nach seiner Auffassung zu Unfreiheit führen und die „sozialen Rechte“ einengen. Was so populär klingt, ist aber - grundsätzlich betrachtet - die Einforderung von Sonderrechten für bestimmte, dann privilegierte Gruppen - also ein Schritt zur Verkürzung der individuellen Freiheitsrechte: Der Kündigungsschutz beschränkt z. B. die allgemeine Vertragsfreiheit, die Mitbestimmung beschränkt das Eigentumsrecht, und das Streikrecht belastet den freien Wirtschaftsverkehr. Natürlich soll mit diesem Hinweis (d. Verf.) nicht die Rücknahme dieser Rechte gefordert werden, sind sie doch Teil des Erfolges der Sozialen Marktwirtschaft. Allerdings, wer die *Ausweitung* solcher Sonderrechte fordert, macht die Gesellschaft insgesamt nicht freier, sondern schafft größere Ungerechtigkeit. Dieser Widerspruch in Lafontaines Freiheitsbegriff liegt auf der Hand – aber dazu schweigt Lafontaine. Sagen wir es einmal deutlicher – und hätten damit gleichzeitig eine Erklärung für Lafontaines Schweigen:

Die konsequente Verwirklichung des Lafontaine'schen Freiheitsbegriffes wäre der Weg zur „Diktatur des Proletariats“. Das aber traut sich Lafontaine heute (noch) nicht zu sagen.

Aber schon jetzt heißt es bei der Linken: „...*Der Kampf um unser wirtschaftliches Reformprojekt muß mit dem Kampf um gesellschaftliche, **linke Hegemonie (!)** verbunden werden...*“ (Hervorhebungen durch den Verfasser). Der Linkspartei geht es also offensichtlich nicht zuerst um die Anliegen ihrer Klientel (oder gar „der Bevölkerung“), sondern viel mehr darum, eine politisch-gesellschaftliche Dominanz in Deutschland zu erreichen. Diese „Dominanz“ durften die Bewohner der DDR solange „genießen“, bis sie Montag für Montag riefen: „**Wir** sind das Volk!“

Thies Gleiss, Bundesvorstandsmitglied der Links-Partei, formuliert das Ziel der Linken sehr klar:

*„Die Partei Die Linke hat sich bisher damit begnügt, eine kritische Stimme in der Gesellschaft zu sein. Sie hat sich aber nicht intensiv damit befaßt, was es heißt, die Machtfrage zu stellen. (...) Heute revolutionär zu sein, bedeutet, den Verhältnissen ihre eigene Melodie vorzuspielen, um sie zum Tanzen zu bringen. Ansonsten heißt es, die Dynamik für den Prozeß auszulösen, die bestehenden Verhältnisse grundlegend in Frage zu stellen. Es gilt, Menschen über die Situation aufzuklären, in der sie leben, ihnen politisches Bewußtsein zu vermitteln. **Und: Sich am Aufbau von Widerstands- und Gegenmachtstrukturen zu beteiligen.**“* (Gleiss)

Mit Bezug auf die russische November-Revolution (1917) wird der gleiche Thies Gleiss noch deutlicher:

*„**Strukturen, die damals außerhalb der Parlamente auftauchten, sind auch heute notwendig – etwa Arbeiter- und Soldatenräte. Nur so ist die Gesellschaft in Frage zu stellen...**“* (Hervorhebungen durch d. Verf.)

Eine solche Ideologie können und dürfen wir nicht ignorieren. Was Gleiss schreibt, ist eine offene Kampfansage an unseren Staat. Der Mann ist nicht nur Bundesvorstandsmitglied der Links-Partei, mit seiner Meinung steht er in seiner Partei nicht allein, im Gegenteil.

In diesem Zusammenhang wird deutlich, wie fahrlässig es ist, bei der Extremismus-Bekämpfung „auf dem linken Auge blind“ zu sein und einseitig vor allem den Kampf gegen den Rechtsextremismus zu führen. Mindestens genauso wichtig ist die Bekämpfung des Linksextremismus, der (auch) bei vielen Politikern der Links-Partei zuhause ist. *Sie wollen eine andere Republik!* Unverständlich, daß in einigen Bundesländern der Verfassungsschutz die Beobachtung der Links-Partei eingestellt hat.

Als „Sachverständige“ bei der Anhörung zum hessischen Polizeigesetz benannte die Links-Partei ausgerechnet die „Rote Hilfe“ - eine Organisation, die u. a. verurteilte Terroristen der RAF mit Geld und Anwälten unter die Arme greift. Auch die Unterstützung des illegal (!) von Flughafengegnern im Kelsterbacher Wald bei Frankfurt errichteten „Hüttendorfes“ sowie die Einrichtung eines „Solidaritäts-Hauses“ der Linken ebendort beweist ein eher fragliches Verhältnis der „Linken“ zum Rechtsstaat.

„...Extremisten präsentieren sich zwar gerne als Enttabuisierer. Doch ihre Agitation arbeitet vor allem mit Halbwahrheiten, die schwerer zu enttarnen sind als glatte Lügen: Beispielsweise loben sie die angeblich soziale Politik der Hitler- bzw. SED-Diktatur...“ (Harald Bergsdorf: „Die neue Linke“, Bouvier, Seite 21)

Sozialismus statt Freiheit

Schon im Kapitel „Oskars Medienkrieg“ (Seite 33) haben wir ein etwas schiefes Verständnis des (Presse-)Freiheitsbegriffes Lafontaines feststellen können. In seinen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen wird eine weitere Einengung sichtbar: Zu den „Freiheits-rechten“ zählen nach Lafontaine zuerst die „sozialen Rechte“, also Rechte, mit denen der Staat grundlegende Lebensrisiken absichert. Das Problem, das auch heute die öffentliche Diskussion dominiert, ist die Frage, wieviel Sozialstaat wir uns leisten können. Diese Frage hat zunächst wenig mit der Grundfrage der Freiheitsrechte zu tun. Nicht so bei Lafontaine. In der Diskussion um einen – möglicherweise sachlich oder fiskalisch gebotenen – Abbau solcher sozialen Rechte sieht er eine Einschränkung von „Freiheit“ und ruft die Bevölkerung zum kollektiven Widerstand auf, zum Kampf für mehr Hartz IV, gegen Rente mit 67 Jahren und gegen „die Reichen“.

Nur eine kleine Randnotiz: Lafontaines Vorstellung, „die Reichen“ auf Teufel komm raus abzupfen zu können, ist kurzsichtig – menschlich und volkswirtschaftlich. Würde Lafontaine seine Pläne verwirklichen, wären „die Reichen“ bald nicht mehr reich, oder sie wären einfach nicht mehr „da“, weil ins Ausland abgewandert. Die Fakten sprechen gegen Lafontaine: Laut Auskunft des Statistischen Bundesamtes zahlen die oberen 25 % der Steuerzahler - das sind wohl „die Reichen“ - rund 80 % (!) der gesamten Einkommensteuer. Lafontaine weckt mit seinem ständigen Prügeln auf „die Reichen“ nur Sozialneid und erweckt den Eindruck, „die Reichen“ zahlten keine Steuern. Man muß diese Unterstellung nur oft genug und beharrlich wiederholen; dann setzt sich dieses Vorurteil in der Bevölkerung fest.

Genau genommen betreibt Lafontaine pure Klientelpolitik und trägt dazu bei, unsere Gesellschaft durch das Schüren von

Sozialneid aufzuhetzen und letztlich zu spalten. Als langjähriger Ministerpräsident des Saarlandes weiß Lafontaine nur zu gut, daß die politischen Mittel „endlich“ sind; sie lassen sich nicht beliebig vermehren, auch nicht durch eine „Reichensteuer“. Er aber verheißt dem Volk das Paradies auf Erden. Das jedoch führt in den „*totalen Versorgungsstaat, der alles an sich zieht*“ – so warnt selbst die katholische Kirche davor. Ein solcher Staat entmündigt seine Bürger und macht sie nicht etwa freier, sondern abhängig. Auch das sagt Lafontaine nicht. Warum auch? Er ist - das zeigt sich nach seiner „Kündigung“ bei der SPD zunehmend deutlich – er ist ein Alt-Marxist, der hervorragend die Volksbeglückungs-Melodeien zu intonieren weiß und die alten Klischees bedient: „Kapital in privaten Händen“ bedeutet bei ihm: Ausbeutung von Menschen, Zerstörung der Umwelt, Gefährdung des Weltfriedens. Karl Marx winkt fröhlich aus seinem Sarg, und der Weltökonom Lafontaine fühlt sich gefordert. Also fordert er nicht nur die konsequente Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs und die Verstaatlichung der Schlüssel-Industrien, sondern vor allem den „Primat der Politik“. Was so vornehm klingt, heißt in Wirklichkeit: Herrschaft der Funktionäre über die Wirtschaft. Private Wirtschaftsmacht will er nicht durch (mehr) Wettbewerb, sondern durch Staatsmacht ersetzen – womit wir wieder beim ollen Karl Marx wären. Nein, Oskar Lafontaines Programm heißt nicht, wie er vorgibt, „*Freiheit durch Sozialismus*“, sondern – richtig gelesen und verstanden (!) – „**Sozialismus statt Freiheit**“.

Was der Weltökonom von der Saar schamhaft verschweigt: Lafontaine ist nicht in der Lage, auch nur einen Staat zu benennen, in dem Sozialismus zu Freiheit (!) und Wohlstand geführt hätte. Es gibt eben keinen solchen Staat. Ob Kuba, UdSSR, DDR oder Nordkorea – nirgendwo konnte und kann der Sozialismus die Lage der Menschen verbessern. Im Gegenteil. Ganz offensichtlich lag bzw. liegt das Scheitern

dieser Staaten am System des Sozialismus selbst. Diese Tatsache ist natürlich dem intelligenten Physiker Lafontaine nicht unbekannt, weshalb er zu einem alten Trick greift: Nicht der Sozialismus ist schuld, sondern die gemachten Fehler sind verantwortlich. Wenn der Sozialismus, bitteschön, nur „demokratisch und rechtsstaatlich“ daherkomme, dann erreiche er auch seine Ziele. Aber Lafontaine muß damit leben, daß auch diese These keiner nüchternen Analyse standhält. Trotz aller Fehler, die in der kapitalistischen Welt gemacht wurden (weil die Grundregeln der Sozialen Marktwirtschaft mißachtet wurden): Eine Alternative zur Sozialen Marktwirtschaft als Ordnungssystem wird der Sozialismus - wie alle die totalitären Illusionen auch – niemals sein. Das hat uns die Entwicklung der letzten 50 Jahre in geradezu beängstigender Weise gelehrt. Eine „DDR pur“, eine „DDR light“, einen Staatsrats- und SED-Parteivorsitzenden Oskar L.? Nein, danke! Es gehört aber unübersehbar zu den Neurosen unseres Landes, daß in einigen Teilen Deutschlands noch immer eine gewisse Sehnsucht nach einer solchen Alternative zu bestehen scheint. Wenn sie sich in Oskar Lafontaine ´mal nicht täuschen! Er kann politische „Grundüberzeugungen“ schneller wechseln als ein Chamäleon seine Farbe. Beispiel:

Oskar – schwer berechenbar

„Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“ - so war das „SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998“ betitelt. Es trug auch die Handschrift von Lafontaine. In diesem Programm geht es zur Sache: Da ist die Rede von Agenda, die Rente mit 67 Jahren, die Senkung der Sozialabgaben, Flexibilität in den Tarifverträgen, strenge Haushaltsdisziplin oder auch Arbeit statt Sozialhilfe Und auf Seite 27 des Programmes steht tatsächlich, daß die SPD den Spitzensteuersatz senken will. Das alles hat Lafontaine 1998 unterschrieben. Heute will er davon nichts mehr wissen. Seine Forderungen, die er in der Links-Partei vorträgt, stellen alles auf den Kopf, für was er zu

SPD-Zeiten gekämpft hatte. Sein ehemaliger enger Mitstreiter Joachim Schwarzer, heute Direktor in der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, versteht Lafontaine nicht mehr: *„Seine (Lafontaines) Kritik heute geht an der Sache vorbei. Er hat diese Politik mitbeschlossen und eingeleitet. Er hatte das genauso abgenickt wie Schröder. Er hat das voll und ganz mitgetragen“*, erklärt Schwarzer (Spiegel 11/2009). Auch die rot/grüne Koalitionsvereinbarung trug die Handschrift Lafontaines, einschließlich eines generellen Genehmigungs-Vorbehaltes des Bundesfinanzministers bei neuen Schulden oder Einsparungen. *„Die Entscheidung trifft der Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine“*, erklärte Bundeskanzler Schröder damals dazu. Spöttisch kommentierte die „Financial Times“: *„Der Saar-Bonaparte entwickelt ein weiteres napoleonisches Attribut: imperialen Ehrgeiz“*. Und die „Wirtschaftswoche“ witzelte, der Genußmensch Lafontaine mutiere *„zum tugendhaften Robespierre der ökonomischen Kulturrevolution“*. Noch deutlicher die weltweit angesehene „Neue Züricher Zeitung“ über das Wirtschafts- und Finanzkonzept Lafontaines: *„Auf dem Versuchsplan des studierten Physikers steht ein Experiment mit ungewissem Ausgang: Vulgär-Keynesianische Makrohydraulik...“*

Schon damals stimmten Lafontaines Pläne nicht. Er scheiterte. Gescheitert ist auch die Mittelstandsbank IKB, eine Beteiligungsbank der KfW (30 %). Wie viele (halb-) staatliche Banken hat auch diese einen Verwaltungsrat als Kontrollgremium, dem insbesondere Politiker und Funktionäre angehören. Gemerkt von der Schieflage der IKB hatten sie alle nichts. Unter den notablen „Kontrolleuren“ findet sich auch ein gewisser „Oskar Lafontaine MdB“. Der Linke-Parteivorsitzende würde am liebsten alle Banken verstaatlichen, weil der Staat dann die volle Kontrolle hätte. Und somit wäre der Bock dann zum Gärtner gemacht.

Es ist schwer, Lafontaines politische Forderungen, die er in seinen verschiedenen Positionen gestellt hat, auf einen Nenner zu bringen. Er erweist sich als schwer berechenbar. Lafontaine zeigt ´mal ein wirtschaftliches, ´mal ein soziales Profil. Berechenbar scheint lediglich seine Unberechenbarkeit zu sein. Und auch das macht ihn so gefährlich.

Die SPD im Beiboot

Täuschen wir uns nicht! Seine kruden Vorstellungen von Staat und Markt finden Nachahmer und Unterstützer – weit über „Die Linke“ hinaus. Vollmundig posauniert Lafontaine, die anderen Parteien müßten ihre Programme umschreiben, „dank“ des Einflusses der Linkspartei. Soweit ist es aber gottseidank noch nicht. Doch in der SPD fallen seine Forderungen zunehmend auf fruchtbaren Boden – und auch deshalb sind die ständigen Beteuerungen der SPD-Oberen wenig überzeugend, mit der Linkspartei im Bund nicht koalieren zu wollen. Wesentliche programmatische Gedanken beider Parteien stehen sich nicht im Wege – nötige Flexibilität vorausgesetzt. „Getrennt marschieren“ die linken Genossen noch, aber „Die Linke“ und die Linken in der SPD sind dabei, „vereint zu schlagen“.

Die innerparteilich sehr starken SPD-Linken („Demokratische Linke“) fordern z. B., Langzeitarbeitslose in der Krise besonders zu schützen. In einem jetzt (März 2009) vorgelegten „Diskussionspapier“ schreibt eben diese „Demokratische Linke“: „Wir wollen daher die Anrechnung des Schonvermögens im ALG-II-Bezug in der Konjunkturkrise aussetzen und mittelfristig verbessern“. Privates Vermögen soll also nicht angetastet werden, wenn ALG-II-Bezug ansteht. Ferner fordern die SPD-Linken eine Steuerreform in der nächsten Legislaturperiode, die kleine und mittlere Einkommen entlasten soll. Als Ersatz schwebt den Linken dann eine Reichensteuer vor, die sie schamhaft „Erhöhung des Spitzensteuersatzes“ nennen. Hinzu kommt natürlich die (Wieder-)Ein-

führung einer Vermögen- und einer Börsen-Umsatzsteuer. Und um ihre Pläne zu einer „drastischen Steigerung“ der Bildungsausgaben finanzieren zu können, fordern sie den Einsatz des Goldvermögens der Bundesbank. Ganz selbstverständlich, erklären die SPD-Linken, werde man auch vor Enteignungen nicht zurückschrecken, „dort, wo es gesellschaftlich sinnvoll und notwendig ist“. Das ist Lafontaine pur! Aber Achtung: Das wären auch die Inhalte einer rot-roten Koalitionsvereinbarung!

„Virus Lafontaine“ und die Union

Selbst die CDU scheint vom Lafontaine'schen Virus befallen zu sein. Einzig das - leider immer kleiner werdende - konservative Lager in der Union schreit auf, wenn im Konjunkturpaket der großen Koalition von „Enteignung“ die Rede ist, wie überhaupt marktwirtschaftliche Prinzipien bei der unter Merkel geführten CDU ins Raritätenkabinett verbannt zu sein scheinen. Auch in der Familienpolitik stöhnen die Konservativen: Wer z. B. - wie Merkel und von der Leyen - staatlicher Kinderbetreuung („Kitas“) Vorrang einräumt vor der elterlichen Sorge, führt die Union immer näher an den Zeitgeist, der im Hause von der Leyen als „Gender-Mainstream“ eine Vorreiterrolle spielt. Merkel macht die CDU damit vielleicht „moderner“ (Klartext: angepaßter), forciert so aber auch ein Klima, in dem Verstaatlichungsprogramme aller Art wuchern können, ganz nach Lafontaines Gusto. Folgerichtig titulierte der Berliner Tagesspiegel (14.1.2009) einen Artikel über das Konjunkturprogramm der Koalition mit „*Marx, Murks und Merkel*“.

Willy Wimmer, CDU-MdB und einer der Rest-Konservativen in der Union, faßte seine Verbitterung über den Positionswechsel der CDU in den knappen Satz: „Vorschlag für einen neuen CDU-Slogan: **Freiheit und Sozialismus!**“ (BILD, 15.1.2009)

III. Oskars bunte Welt der Außenpolitik: Raus aus der Nato! Lang lebe Fidel Castro!

Heute so – gestern anders

Auch bei seinen außenpolitischen Vorstellungen sucht man vergeblich eine klare Linie in seinem Leben. Lafontaine ist – als Saarländer sowieso – pro-europäisch, was ihn aber nicht hindert, die EU in Frage zu stellen. Als SPD-Bundesvorsitzender und erst recht als Kanzlerkandidat machte er allfällige Bücklinge vor den Amerikanern Heute heißt es: „Militärbündnisse wie die Nato wollen wir überwinden“. In seine Kabinettszeit unter Schröder fiel die Entscheidung über die Beteiligung der Bundeswehr im Kosovo. Heute will er davon nichts wissen und bemängelt die bundesdeutsche „Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegen.“ Auf den Vorwurf zu seinem „Ja“ zum Kosovo-Einsatz reagiert Lafontaine genervt: *„Ich habe damals die Position vertreten, daß wir uns an der Drohkulisse gegen Serbien beteiligen würden, aber nur unter der Voraussetzung, daß es keinen Krieg gibt.“*

In der Debatte über die Stationierung deutscher Soldaten in Afghanistan fuhr Lafontaine schweres Geschütz auf. Er warf der Bundeswehr vor, mittelbar „in terroristische Aktionen verwickelt“ zu sein, die Bundeswehr verstoße im Rahmen des Afghanistan-Einsatzes gegen die Genfer Konvention. (Lafontaine bezeichnete den Bundeswehreininsatz in Afghanistan als ebenso „terroristisch“ wie die Terror-Anschläge vom 11. September in New York, bei denen mehrere Tausend völlig unbeteiligter Menschen getötet wurden.) *„Der Terrorismus-Vorwurf von Herrn Lafontaine ist eine Beleidigung für die Bundeswehr, Deutschland und die friedliche Völkergemeinschaft“*, erklärte dazu der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle. Lafontaine müsse sich für seine Äußerungen entschuldigen. *„Das ist ein Vorgesmack darauf,*

was Deutschland droht, wenn unser Land von den radikalen Rändern her regiert wird“ (Westerwelle).

Lafontaines schiefes „Kriegsbild“ wird deutlich, wenn man folgendes Zitat von ihm liest: *„Die Linke lehnt Terrorismus - sprich: Töten von Menschen zur Durchsetzung politischer Ziele - in jeder Form ab. Unabhängig davon, ob er von der RAF begangen wird oder von Bush und Blair im Irak...“*. Dieser Zynismus ist blanke Demagogie. Offensichtlich besteht für Lafontaine kein Unterschied zwischen gewählten Demokraten einerseits und Terroristen vom Schlage der Baader-Meinhof-Bande (RAF) andererseits. Daß die RAF seinerzeit kräftige Unterstützung von der Stasi erfahren hatte, verschweigt er.

Auch in der Außenpolitik betreibt Lafontaine Leichenfledderei mit dem Andenken bedeutender Sozialdemokraten, und wieder ist es Willy Brandt, den er zum Kronzeugen seiner Politik hernimmt: *„Als pazifistische Linke fühlen wir uns einem Mann verbunden, der für mich Anlaß war, in die SPD zu gehen, dem Friedensnobelpreisträger Willy Brandt und seinem Satz `von deutschem Boden darf niemals wieder Krieg ausgehen`“*. Brandt kann sich heute nicht mehr gegen die schamlose Einvernahme durch Lafontaine wehren. Er würde es gewiß tun.

Man muß deutlich darauf hinweisen, daß „Die Linke“ unter Lafontaine auch außenpolitisch in Kontinuität zur SED steht. Sie steht damit auch in allen Kernfragen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik den übrigen deutschen demokratischen Parteien diametral entgegen – und der NPD sehr nahe. Im Mittelpunkt des außenpolitischen Feindbildes Lafontaines und seiner Partei stehen die Marktwirtschaft und die sie tragenden Mächte, allen voran die USA und deren Verbündete, sowie die Nato, die EU, der IWF (Internationaler Währungsfonds) und die WTO (Welthandelsorganisation), da sie den „weltweit agierenden Kapitalismus und Imperia-

lismus“ verkörpern. Hingegen steht die Solidarität mit (vor allem) lateinamerikanischen sozialistischen Staaten, wie Kuba, Venezuela, Bolivien, an vorderster Stelle.

„Golgotha und Guantanamo“

Sehr gewagt sind die Äußerungen Lafontaines zum Verhältnis zum Islam. In einem Interview mit dem „Neuen Deutschland“ (13.2.2006) erklärt Lafontaine zu den „Schnittmengen zwischen linker Politik und islamischer Religion“:

Der Islam setzt auf die Gemeinschaft. Damit steht er im Widerspruch zum übersteigerten Individualismus, dessen Konzeption im Westen zu scheitern droht. Der zweite Berührungspunkt ist, daß der gläubige Muslim verpflichtet ist zu teilen. Die Linke will ebenso, daß der Stärkere dem Schwächeren hilft. Zum Dritten: Im Islam spielt das Zinsverbot noch eine Rolle, wie früher auch im Christentum.“ Zwischen den Zeilen Lafontaines erscheint also unverblümt eine antikapitalistische, antiamerikanische und antizionistische Grundeinstellung – als Bindeglied zwischen Links-Partei und Islam.

Lafontaines Mitstreiter Ulrich Maurer, Parl. Geschäftsführer der Fraktion der Links-Partei im Deutschen Bundestag, zieht – passend dazu – in seinem Buch „Eiszeit“ unter der Überschrift „Golgotha und Guantanamo“ ungeniert eine Parallele zwischen der Verfolgung Jesu Christi durch die Römer und Osama bin Laden: ...*Wie bin Laden so hielt sich auch Jesus in Begleitung von 'Terroristen' wie Petrus auf. Auch bei Jesus von Nazareth endete die Geschichte mit Folter und Hinrichtung. Und schon damals bestand das Imperium darauf, besonders wichtige Gefangene selbst zu foltern und abzuurteilen...“.*

Der Umfang dieser Publikation erlaubt es nicht, die gesamten politischen Ansichten Lafontaines und der Links-Partei zu

untersuchen. Deshalb seien hier nur einige außenpolitische Schwerpunkt-Themen hervorgehoben:

Nein zur Nato

„Die Bundesrepublik muß das Ausscheiden aus der militärischen Integration der Nato wagen und atomwaffenfrei werden“ (Lafontaine in seinem Buch „Angst vor Freunden“). Als über die Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der Nato diskutiert wurde, kommentierte Lafontaine knapp: *„Welch ein historischer Schwachsinn!“*

Lafontaine ignorierte die Rolle der Nato, die sie seit ihrer Gründung vor 60 Jahren spielt: Allein schon das faktische Bestehen der Nato hat dazu beigetragen, daß der „Kalte Krieg“ nicht in eine offene militärische Auseinandersetzung ausartete. Der „Nato-Doppelbeschluß“ - von Lafontaine erbittert bekämpft - bereitete letztlich den Weg zur friedlichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Henning Riecke, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, entgegnet: „Wenn Deutschland aus der Nato austräte, würde das unsere europäischen Nachbarn, die im zweiten Weltkrieg von Deutschland angegriffen und besetzt wurden, zunächst einmal in Angst versetzen. Die Einbindung Deutschlands in die Nato sorgt auch im Ausland für mehr Sicherheit.“

Lafontaine konzentriert seine Kritik vor allem auf Nato *und* USA, also die „amerikanische Plutokratie“, die von der „Öl- und Waffenindustrie beherrscht“ wird. Für Lafontaine stellt die Nato lediglich „ein Interventionsbündnis zur Rohstoffsicherung“ dar. Deshalb geht es nicht nur um die Ablehnung einer Erweiterung der Nato, sondern um die Abschaffung der Nato insgesamt (Lafontaine im Neuen Deutschland).

EU: Ja und Nein, eher nein

Der jüngste Parteitag der „Linke“ (März 2009) hat gezeigt, daß die Mehrheit der Parteimitglieder wenig von europäischer Integration hält. „Europa“ gilt der Linken als neoliberales und militaristisches Konstrukt, das man bekämpfen muß. Die wenigen Befürworter der EU haben denn auch in der Links-Partei einen schweren Stand und sind nahezu ausgebootet. Die beiden profilierten EU-Sympathisanten und Europa-Abgeordneten, André Brie und Sylvia Kaufmann, erhielten auf dem Parteitag eine Abfuhr und haben keine Chance mehr, ins Europa-Parlament zurückzukehren.

Einerseits erklärt der Geschäftsführer der „Linke“, Dietmar Bartsch, die Links-Partei sei eine „pro-europäische Partei“. Andererseits fordert der Parteitag im neuen Europa-Wahlprogramm der „Linke“ eine „Neugründung der EU“, was so ziemlich einer Forderung nach Auflösung der EU entspricht. Im Mai 2008, also schon unter Oskars Vorsitz, stand die Abstimmung über den EU-Reformvertrag im Bundesrat an. Im Bundesland Berlin besteht eine Koalition aus SPD und Links-Partei, weshalb zwischen den beiden Koalitionären Abstimmungsbedarf entstand. Die SPD wollte dem Vertrag zustimmen; die Links-Partei der deutschen Hauptstadt sagte „nein“. Alle anderen Bundesländer stimmten zu. *„Lafontaine will offenbar für immer in der Opposition bleiben“*, kommentierte ein bedröppelter Klaus Wowereit, Berlins Regierender Bürgermeister.

Egal, ob es um Europa geht, um die Haltung zu Israel, um Einwanderer oder Hartz IV – für den Vorsitzenden der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus, Martin Lindner, fischt die Linkspartei durch das Bedienen rechtsextremer Ressentiments *„regelmäßig im braunen Sumpf“*. Mit der NPD teilten Abgeordnete der Links-Partei etliche Positionen. So seien Äußerungen des Bundespräsidentchafts-Kandidaten Peter

Sodann, daß „Deutschland keine Demokratie“ sei, von der NPD „frenetisch bejubelt“ worden (Lindner). *„Auch bei Themen wie Globalisierung, Marktwirtschaft, Nahost-Konflikt oder transatlantische Beziehungen bedient sich die Linke regelmäßig der gleichen Rhetorik wie die Rechtsextremen“*, warnte Lindner. Und die oben erwähnte EP-Abgeordnete Sylvia Kaufmann erinnert an den Tag, als im Europa-Parlament die Grundrechts-Charta unterzeichnet wurde: Es gab Tumulte. Mitglieder der Links-Fraktion protestierten mit denselben Losungen wie rechtsextreme Abgeordnete und mit wortgleichen Forderungen.

Was lernen wir daraus? Es gibt *einen* Unterschied: Die Einen nennt man „Rechtsextremisten“, die anderen heißen vornehm „Links-Partei“. Schon ´mal drüber nachgedacht?

Atomwaffen für Iran und linker Antizionismus

Der schon erwähnte Ulrich Maurer doziert in seinem Buch „Eiszeit“ vor allem über die bösen Amerikaner, gelten die USA doch als Reich des Bösen, zu dessen Abwehr alle Mittel - bis hin zur Atombombe - erlaubt seien: *„...In einer Welt, in der kein Staat sich mit klassischen militärischen Mitteln gegen das anglo-amerikanische Imperium behaupten kann, können sich die bedrohten `Schurkenstaaten` nur durch den Griff zur Atombombe schützen...“*. Oskar Lafontaine präzisiert im „Neuen Deutschland“: *„...die Politik des Westens gegenüber dem Iran baut auf Grundlagen auf, die nicht haltbar sind...“* und billigt dem Iran das Recht auf den Besitz von Atomwaffen zu.

Lafontaines weitere Bemerkung (im “Spiegel“ 14.3.06), dem Iran müsse es erlaubt sein, Atomwaffen zu erlangen, weil Israel über Atomwaffen verfüge, grenzt an Antisemitismus. Hier versucht er, die Diktatur der Ayatollahs auf eine Stufe mit der unzweifelhaft rechtsstaatlichen Demokratie in Israel zu

stellen. Es ist wie bei der alten SED – deren Erbe Lafontaine angetreten hat: Die Politik des Staates Israel wird als die eines „aggressiven Imperialismus“ hingestellt. Israel ist ein „Fremdkörper, ein Satellit der USA im Nahen Osten“ – im Gegensatz zu den Palästinensern, denen alle „Solidarität der Linken“ sicher sein kann. Sie sind jetzt „Opfer“, sozusagen die „Juden von heute“. In fataler Konsequenz aus dieser anti-jüdischen Haltung kommt es immer wieder zu Solidarisierungen zwischen Vertretern der Links-Partei und den erklärten Feinden Israels. Führende Funktionäre der Links-Partei fordern gar eine *„Einheitsfront der Links-Partei mit dem Islam“* und den Terror-Organisationen Hamas und Hisbollah. Im Vorwort eines Sammelbandes der Funktionäre Rainer Rupp (ehem. Stasi-Spion) und Klaus von Raussendorf aus der Links-Partei heißt es deutlich: *„...In diesem Sinne schließen wir uns dem stellvertretenden Generalsekretär der Hisbollah, Scheich Naeem Kasam, an, der (...) die Notwendigkeit eines Bündnisses des islamisch-religiösen Widerstandes gegen Imperialismus und Zionismus mit der säkulären Linken betonte...“*

Auch hier wird deutlich, daß der Verfassungsschutz Grund genug hat, die Linke (weiterhin) zu beobachten. Man stelle sich vor, die Union oder einzelne Vertreter von CDU bzw. CSU würden solche Forderungen erheben. Sofort lief die „Betroffenheits-Maschinerie“ heiß, und eine Welle der allgemeinen Empörung zöge über das Land. „Rassismus“, „Antisemitismus“, „Imperialismus“ – das wären die „gängigsten“ Attribute, mit denen sie bedacht würden. Doch eine Reaktion der „üblichen“ Journaille blieb aus. Es ist wie immer: Linke dürfen, Rechte nicht. Es gibt genügend Zeugnisse für offenen oder latenten Antisemitismus in der SED. Vieles davon wurde in die Links-Partei hinüber-„gerettet“.

Im November verweigerten sich elf linke Abgeordnete im Deutschen Bundestag einer Resolution gegen Antisemitismus, indem sie den Saal verließen. Nun wurde endlich – nein, nicht Lafontaine, sondern – Gregor Gysi nervös. Er spürte, daß die antisemitische Grundstimmung in der „Linke“ zu einem Bumerang werden könnte, und versuchte gegenzusteuern. Zum 60. Geburtstag des Staates Israel hielt er eine Rede in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und appellierte an „die Verantwortung deutscher Politik“: Solidarität mit Israel sei ein *„moralisch gut begründbares Element deutscher Staatsräson“*, Anti-Zionismus verbiete sich für die Linke. Gysi scheint ein einsamer Rufer in der antizionistischen Wüste der „Linke“ zu sein. Allen voran bleibt Sarah Wagenknecht („Kommunistische Plattform“) bei ihrer Grundhaltung. Ihre Mitstreiterin Ulla Jepke: *„Ich halte es für legitim, gegen Zionismus zu sein“*. Gysi appellierte etwas hilflos an die Geschlossenheit der Partei: Man solle sich, bitteschön, künftig zurückhalten mit öffentlichen Wortmeldungen zum Thema Nahost. Vergebens! Zwei Tage später erreichte Gregor Gysi ein „offener Brief“, unterschrieben u. a. von Sarah Wagenknecht und Hans Modrow. In diesem „offenen Brief“ attackierten die Unterzeichner den Berliner Landesvorsitzenden der Links-Partei, Klaus Lederer, weil dieser es gewagt hatte, auf einer „Pro Israel“-Demonstration aufzutreten.

Lang lebe Fidel Castro!

Lafontaine hingegen betont gerne seine Unterstützung für Evo Morales (Bolivien) und Hugo Chavez (Venezuela). Letzterer pflegt seinerseits enge Kontakte zum antisemitischen Präsidenten Irans, Ahmadinedschad, und zu Fidel Castro. Im September des Jahres 2007 flog Lafontaine nach Kuba. Er sei *„an der Entwicklung des Sozialismus interessiert“*. Ihn interessierte aber die undemokratische Entwicklung dieses „sozialistischen Brudervolkes“ nicht wirklich. Lafontaine griff in Kuba die deutschen Parteien an, weil sie *„Menschenrechts-*

fragen wichtigsterisch instrumentalisieren“ würden, um „Die Linke“ zu diffamieren.

In den „Programmatischen Eckpunkten“ der Links-Partei heißt es: *„Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor den Ansichten Andersdenkender ist Voraussetzung für Befreiung. (...) Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar.“* Gilt das auch für Kuba?

In welchem trübem Teich Lafontaine da fischt, zeigt folgender Vorgang: Am 2. Februar 2006 stellte das Europa-Parlament fest, auf Kuba *„würden unabhängige Journalisten, friedfertige Dissidenten und Menschenrechtler unter menschenunwürdigen Bedingungen in Haft gehalten“* (Amtsblatt der EU). Die PDS-Europa-Abgeordneten Brie, Zimmer und Markov hatten der Resolution ausdrücklich zugestimmt, die PDS-Europa-Abgeordnete Sarah Wagenknecht lehnte den Text jedoch ab. Eine Welle besonderer Empörung in den Reihen der SED-Nachfolger war die Folge – aber nicht wegen der ablehnenden Haltung der Sarah Wagenknecht, sondern wegen der Zustimmung von Brie, Zimmer und Markov für die EP-Resolution. Die schon zitierte Bundestagsabgeordnete Ulla Jepke verfaßte mit weiteren Genossen, den sogenannten „Vertretern deutscher Kultur und Politik“, eine Gegenerklärung, in der es u. a. hieß, die inkriminierten EP-Abgeordneten hätten mit diesem Beschluß *„in verleumderischer und unmoralischer Weise den Weg für die US-Regierung vorbereitet, die demokratischen Regierungen Venezuelas, Boliviens und des sozialistischen Kubas zu zerstören...“*

In der „Gegenerklärung“ heißt es weiter: *„...alle demokratischen und friedliebenden Menschen in der Links-Partei und in der Bundesrepublik Deutschland und europaweit (sind aufgefordert), den kriegstreiberischen Kräften des Europäischen Parlaments und seiner Regierungen entgegenzutreten und*

das Recht auf friedliche Entwicklung aller Menschen in der Weltgesellschaft zu garantieren...“.

Die PDS-Führung gehorchte artig und verurteilte in einer einstimmig beschlossenen Erklärung die Kuba-kritische Resolution des Europa-Parlamentes. Die PDS sei ein *„verlässlicher Freund und Partner Kubas“*. Die kubanische Revolution *„strahlt bis heute erheblich auf Lateinamerika und verfehlt auch ihre Wirkung auf Die Linke in Europa nicht“*.

Der in Ungnade gefallene EP-Abgeordnete André Brie fühlte sich durch die Erklärung seines Parteivorstandes an das alte SED-Motto erinnert: *„Menschenrechtsfragen sind Klassenfragen“*. Gleichzeitig warnte er vor einer *„Re-Ideologisierung der PDS“*. Die PDS habe *„trotz vieler Erklärungen kein wirkliches Verhältnis zu Menschenrechten entwickelt. Die Fehler der Vergangenheit sind nicht überwunden worden. (...) Es gibt in der Partei keine Bereitschaft, die Individualität von politischen Menschenrechten zu akzeptieren“*. Die PDS sei *„auf dem Rückweg zur SED“*, wenn sie *„diese Linie fortsetzt“*.

Damit wird deutlicher, warum unter Lafontaines Parteitags-Regie der Abweichler André Brie bei der Wiederaufstellung zum Europa-Parlament keine Chancen mehr hatte. *„Mein ist die Rache“*, spricht der Herr.

Wie tief das Denken und Handeln der Links-Partei von staatsautoritären Zügen geprägt ist, beweist ein weiteres Zitat Lafontaines im Zusammenhang mit Kuba, in dem sein Verständnis für Freiheit und Menschenrechte deutlich wird: *„...In dem Verhältnis zwischen Starken und Schwachen befreit das Gesetz; die Freiheit unterdrückt.“* Damit verkehrt er die Grundwerte der Demokratie in ihr Gegenteil.

Der menschenrechtspolitische Sprecher der FDP im Bundestag, Florian Toncar, erklärte zum Besuch Lafontaines, Kuba habe eine Diktatur, die gegen Andersdenkende brutal vorgehe und Oppositionelle verfolge. Daß Lafontaine zu diesen Zuständen nicht klar die passenden Worte gegenüber der kubanischen Regierung gefunden habe, offenbare seine Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern. *„Lafontaine ist und bleibt ein Zyniker“* (Toncar).

CDU-Generalsekretär Pofalla nannte Lafontaine *„menschenfeindlich und schamlos“*. Lafontaine habe elementare demokratische Prinzipien sträflich verletzt und sich als Repräsentant der Ewigestrigen erwiesen.

Ein Artikel der „Welt“ vom 7. Juli 2007 trägt die sinnige Überschrift: *„Oskar Lafontaine: Mit Hugo Chavez für die Freiheit“*. Darin äußert Lafontaine: *„Die Linke wendet sich gegen jede Art von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen. (...) Ideologische Einäugigkeit ist gefährlich.“*

Wenn es aber um Kuba geht, werden nach Meinung Lafontaines „Menschenrechtsfragen“ offenbar nur *„wichtig-tuerisch instrumentalisiert“*. Auf Kuba traf er sich u. a. mit dem Außenminister des Landes. Fidel Castro konnte er „leider“ nicht sprechen, um ihm vielleicht die Menschenrechts-Position der Links-Partei zu erklären. Aber der „Massimo Leader“ war krank – und ist es immer noch. Lang lebe Fidel Castro!

Fazit: Auch in seinen außenpolitischen Zielen erweist sich Lafontaine als unberechenbar. Er ist ein Sicherheitsrisiko für den demokratischen Rechtsstaat Deutschland und unsere Verbündeten.

IV. Oskar und die SED-Nachfolge

„Es war nicht alles schlecht.“

In der politischen Auseinandersetzung wird leider häufig eine Unwahrheit solange behauptet, bis der Betroffene das Gegenteil beweist. Kann er das nicht, oder tut er das nicht, bleibt der Vorwurf an ihm hängen. Durch ständiges Wiederholen einer Lüge erreicht der Demagoge aber in jedem Fall, daß etwas hängenbleibt. Wir haben das schon im Falle Merkels dargestellt (Seite 37), der Lafontaine mehrmals vorhielt, „in Moskau studiert“ zu haben. Eine glatte Lüge! „Semper aliquid haeret“ sagten die alten Römer dazu. Irgendwann bleibt das „Studium in Moskau“ an Merkel hängen.

Mit kühlem Kalkül bereitet Lafontaine einen besonderen Coup vor: Es geht ihm letztlich darum, die untergegangene DDR zu enttabuisieren – ihre Geschichte, ihre Verbrechen wenn schon nicht reinzuwaschen, dann zumindest aber umzudeuten - in seinem und Gysis Sinne. Und viele bei uns fallen darauf rein: Lafontaine stammt aus dem Saarland, hat also mit der alten DDR nichts gemein; und Gregor Gysi ist ja so nett, so sympathisch, so redegewandt – also nichts Böses ist an ihm. Und so werden in der veröffentlichten, aber leider auch in der öffentlichen Meinung die Erinnerungen an den diktatorischen Staat immer verblaßter. Man redet mit leichter Zunge davon, daß „in der DDR doch eigentlich nicht alles böse gewesen sei“. Und natürlich „war auch nicht alles schlecht“ usw. Kitas, Polikliniken, Schulwesen? Na bitte, die DDR hatte doch auch ihr Gutes!

Immer ungenierter verteidigt „Die Linke“ das SED-Regime; es sei ein legitimer „Sozialismusversuch“ (Lothar Bisky) gewesen. Und so werden aus den SED-Verbrechen lediglich „*Entstellungen der sozialistischen Idee*“ (PDS-Programm). Für die „*Krise*“, die zum Ende der DDR führte, seien vor allem „*die*

Mitglieder einer inzwischen hinweggefegten Parteiführung verantwortlich“ zu machen (Michael Schumann, Rede 1989).

Harald Wolf („Die Linke“), Berliner Wirtschaftssenator, stellt fest: *„Die Befreiung von der Nazi-Diktatur bedeutet für Ostdeutschland und die Völker Ost-Mitteleuropas keineswegs das Ende der Unfreiheit. (...) Viele, die Hitler die Stirn geboten haben, wurden später wieder eingekerkert, weil sie Stalin und seinen Helfershelfern die Stirn boten...“* (zitiert nach Tim Peters: „Der Antifaschismus der PDS...“, 2006).

Eigentlich ´mal ein klares Wort. Doch Wolf wurde dafür in seiner Partei heftig gescholten: Selbstkritik dürfe keinesfalls zu einer *„Abwertung der vergangenen gesellschaftlichen Verhältnisse“* führen. Schließlich, meinte Peter Porsch, langjähriger Fraktionschef der PDS im sächsischen Landtag, habe die Mauer *„den Frieden in Europa und der Welt erhalten...“*. Und Hans Modrow gibt der Bundesrepublik gar eine Mitschuld an den Morden an der innerdeutschen Grenze („Cicero“, 5/2006).

Alt-Genosse Modrow, letzter SED-Ministerpräsident, bastelt denn auch fleißig *„an einem gerechten Bild der DDR“*. Man solle sie nicht verklären, *„aber doch mal verklären“* (Modrow). In einer Erklärung der „Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung - eine Gruppierung von Alt-SED-Kadern - heißt es deutlicher: *„...Solange die DDR als ´Unrechtsstaat´ diskreditiert wird, melden wir uns weiterhin als Zeitzeugen offensiv zu Wort...“*.

In seinen Memoiren („Erinnerungen“, 2007) behauptet Modrow, es habe keinen Schießbefehl gegeben, sondern lediglich eine „Schußwaffengebrauchsbestimmung“. Im Vorwort zu Modrows „Erinnerungen“ schreibt Oskar Lafontaine, die DDR habe *„Beachtliches geleistet – vom Arbeitsgesetzbuch über die Volksbildung bis hin zur Sozialpolitik“*. Das gefiel Modrow, weil es in sein höchst eigenes (und eigenartiges) Geschichtsbild

paßt: Die DDR war demnach ein Land, *„in dem sich gut leben und schaffen ließ, aufgebaut dank der fleißigen, oft aufopfernden Arbeit seiner Bürger“* (Modrow). Die Wiedervereinigung sei eine *„Kolonisierung“* mit *„De-Industrialisierung und Vernichtung großer Teile der Landwirtschaft und großer Wirtschaftszweige“* (Modrow). *„Wo bleibt das Gedenken an die Opfer der Kolonisierung Ostdeutschlands?“*, fragt Modrow im Ältestenrat der Linken.

Verharmlosung des Unrechtsstaates

Die Führungsriege der Links-Partei zeigt Berührungsängste mit dem Begriff „Unrechtsstaat“, allen voran Gregor Gysi: *„Nicht alles staatliche Handeln war Unrecht“*. Oder auch Lothar Bisky: *„Unrechtsstaat ist ein Begriff aus dem Konrad-Adenauer-Haus“*. Bei der linken Frontfrau Katja Kipping - mit ihrem Alter von 31 Jahren gewiß eine ganz besonders authentische Zeitzeugin - *„...helfen solche Pauschalurteile nicht weiter“*. Und ein klares ja/nein spricht der thüringische Spitzenkandidat der Links-Partei, Bodo Ramelow: *„Die DDR war kein Rechtsstaat, aber eben auch kein Unrechtsstaat“*. So einfach ist das also.

Fragt sich nur, warum „das Volk“ der DDR die erste sich bietende historische Chance wahrnahm, eben diesen „Rechtsstaat“ abzuschaffen.

Im Frühjahr 2006 legte eine noch unter Kanzler Schröder eingesetzte Experten-Kommission – den Vorsitz hatte Christina Weiss inne – ihre Empfehlung zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ vor. Die Schriftstellerin und Bürgerrechtlerin Freya Klier gab dazu ein Sondervotum ab. Sie wehre sich gegen den „Geist des Abwickelns, des Historisierens“. Klier begründete ihre Warnung wie folgt:

“...Die Stützen der untergegangenen Diktatur marschieren ja nicht nur in Gedenkstätten auf – sie sitzen im Bundestag, in den Medien, in Schulen und vielfältigen Gremien unserer Demokratie. Und sie werden nicht müde, ihren Unrechtsstaat im Nachhinein demokratisch aufzupolieren und in der öffentlichen Erinnerung zu glätten...”

Klier vermutet, daß die alten SED-Bonzen jetzt „auf Zukunft zielen“. Sie wollten die Zeitgeschichte in ihrem Sinne schreiben. Daß „Die Linke“ Begriffe und Geschichtsbilder zu verhindern versucht, die sich in erster Linie gegen sie selbst richten, liegt dabei auf der Hand. Dazu zählt vor allem die Interpretation des Begriffs „(Un-)Rechtsstaat“.

Ein bemerkenswertes Beispiel geistiger Schlichtheit bei der Beurteilung des SED-Staates lieferte jüngst der aus dem Westen stammende Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns, Erwin Sellering (SPD). Man könne die DDR nicht pauschal einen Unrechtsstaat nennen, meinte Sellering. Und wie viele andere Gutmenschen auch begründete er sein Urteil mit den guten sozialen Einrichtungen der DDR, also mit dem üblichen Hinweis auf Polikliniken, Kindererziehung etc. Selbstverständlich fehlt bei Sellering auch nicht der Hinweis, den man genauso bei Modrow und Genossen findet: *„In der DDR lebten Millionen Menschen, die unter schwierigen Bedingungen viel Gutes getan haben“*. Damit fällt Sellering auf die „Masche“ der SED-Altgenossen herein, wie Gysi sie vorgegeben hat: Wenn man die Alltagsleistungen der DDR-Bürger hervorhebt, läßt man „ein mildes Licht“ auf diesen Staat fallen. Wo Menschen leben, die so viel „Gutes“ tun können und dürfen, dann kann doch dieser Staat gar nicht so schlimm gewesen sein. Die Menschen mit ihren „guten Taten“ rücken ins Rampenlicht, die SED-Diktatur wird relativiert und in den Hintergrund gedrängt. Schlimmer noch: Wer jetzt noch aufsteht und „die gute alte DDR“ schlechtmacht, wird als

Nörgler und Miesmacher gebrandmarkt. Die DDR war eben „kein Unrechtsstaat“.

Das Mindeste jedoch, was einen Rechtsstaat auszeichnet, ist eine unabhängige Justiz. Die aber gab es in der DDR nicht; denn „die Partei, die Partei hat immer recht“ und bestimmte, was „Recht“ war. Die Justiz war - sieht man von zivilgerichtlichen Verfahren ab - insbesondere ein politisches Kampfinstrument zur Verfolgung politischer Gegner des Regimes, die mit Hilfe des Strafrechts verfolgt wurden. Ein unabhängiges Verfassungsgericht gab es nicht. Noch niemand hat die mehr als 180.000 politischen Häftlinge, Opfer des DDR-Willkürstaates, gefragt, ob sie die DDR als „Rechtsstaat“ empfanden. Die mehr als tausend Opfer der Grenzsicherungssysteme der DDR kann man leider nicht mehr fragen; sie wurden für immer zum Schweigen gebracht.

Lafontaine wehrt Hinweise auf „DDR-Geschichten“ als Versuch ab, *„uns die alten Geschichten an die Backe zu kleben“*. Er sei es leid, *„in jeder Talkshow auf diesen Mist angesprochen zu werden.“*

Wer will da noch über Mauer und Stacheldraht, Stasi oder Spitzel reden? Ist doch alles „Schnee von gestern“! Zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer will man sich Gedanken um die Zukunft machen und nicht zurück, in die Vergangenheit, schauen!

Es ist eine bittere Erkenntnis: Die Opfer des DDR-Regimes stören, werden vergessen oder verhöhnt. Die Täter werden jedoch noch gebraucht. Weg frei für den „wirklichen“ Sozialismus!

Henrik M. Broder, mit dessen Meinungen man nun wirklich nicht immer übereinstimmen muß, schreibt in seiner „Kritik der reinen Toleranz“:

„...Anders als in einem Physikkabor gibt es in der Gesellschaft kein Vakuum. Wenn eine Seite zurückweicht, rückt die andere vor und besetzt den freigewordenen Raum...“.

Diesen „freigewordenen Raum“ besetzt Lafontaine. Wir wiechen immer mehr zurück - sei es aus Feigheit, sei es aus Trägheit. Vera Lengsfeld, Ex-DDR-Menschenrechtlerin, vermerkt dazu bitter: *„Es war nicht alles schlecht!“* – *„Mit diesem Satz hat die Verklärung der DDR angefangen“* (Lengsfeld).

Umdeutung der Begriffe

Das Feld beherrscht, wer die Begriffe bestimmt. Der Philosoph K. Jaspers stellt dazu fest: *„Es ist keineswegs gleichgültig, wie man die Sachen nennt. () Der Name schon bringt eine Auffassungstendenz mit sich, kann glücklich treffen oder in die Irre führen. Er legt sich wie Schleier oder Fesseln um die Dinge.“*

Diese Erkenntnis hat Lafontaine tief verinnerlicht. Er beherrscht meisterlich die Klaviatur der Begriffsbestimmung und der Begriffsumwidmung. Schon in seiner „alten“ SPD-Zeit wurden Begriffe geboren wie „Null-Wachstum“ oder „Minus-Wachstum“. Der Begriff gaukelte „Wachstum“ vor, verniedlichte aber, daß es gar kein Wachstum gab. Beschäftigt man sich intensiv mit der Links-Partei, wird die Gefährlichkeit umgewidmeter Begriffe deutlich. Hier einige Beispiele:

- Hieß es früher *„Enteignung“*, so spricht „Die Linke“ heute von *„Wirtschaftsdemokratie“*(s. u.).
- Statt *„Kapitalismus“* heißt es heute *„Neoliberalismus“*.
- Aus dem alten „Kollektiv“ wird nun die „Gemeinschaft“.

- „*Klassenkampf*“ heißt heute „*Kampf um soziale Gerechtigkeit*“.
- „*Reformen*“ werden gleichgesetzt mit „*Sozialabbau*“.
- Ganz schlimm: Die „*Opfer*“ (der SED-Diktatur) waren in Wirklichkeit „*Straftäter*“, die sich selbst als „*Opfer*“ bezeichnen.
- Die Mauertoten waren nicht „*Opfer*“, sondern „*faktische Selbstmörder*“.

(Wer mehr darüber lesen will, dem sei das erschütternde Buch des Hohenschönhausen-Chefs Hubertus Knabe empfohlen: „Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur“, Berlin, 2007. / d. Verf.)

Den Begriff „**Wirtschaftsdemokratie**“ - eine Wortwahl, die zunächst unauffällig daherkommt - will „Die Linke“ der Sozialen Marktwirtschaft entgegensetzen. Er bezeichnet die Kombination von staatlicher Wirtschaftspolitik mit der (auszuweitenden!) Mitbestimmung der Gewerkschaften. Klarer ausgedrückt: „Wirtschaftsdemokratie“ heißt in der Links-Partei „*Demokratisierung der Verfügungsgewalt über alle Formen von Wirtschaftsmacht*“. In den „*Programmatischen Eckpunkten*“ der Links-Partei heißt es denn auch:

„...Durch paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften sowie Vertreterinnen und Vertreter der Regionen und Verbraucher soll die Macht des Kapitals demokratischen Interessen untergeordnet werden...“

Und an anderer Stelle der „*Eckpunkte*“: *„...Die profitbestimmte private Verfügung über strukturbestimmende Großunternehmen muß durch breite demokratische Allianzen, Mitbestimmung und sozialstaatliche Regulierung zurückgedrängt und überwunden werden...“*

Das bedeutet - liest man die „*Grundsätze und Ziele*“ des Parteivorstandes der „*Linke*“ genau -, daß ein „*Kampf gegen Sozialabbau und Armut, gegen die Verschlechterung der*

Arbeitsbedingungen und die Massenarbeitslosigkeit, gegen die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen, gegen die Unterordnung ökologischer Fragen unter Profitinteressen, gegen eine Außenpolitik mit kriegerischen Mitteln sowie gegen den Abbau demokratischer Rechte und wirtschaftlicher Machtzusammenballung“ geführt werden müsse. Da haben wir also wieder den kompletten Volksbeglückungs-Bauchladen aus dem Arsenal sozialistischer Arbeiterparadies-Träume!

Die antikapitalistische Agitation der Links-Partei treibt zuweilen die eigenen Funktionäre zu ungeahnten Höhenflügen, wie aus den „Programmatischen Eckpunkten“ zu ersehen ist. Außer „Freibier für alle“ verspricht „Die Linke“ alles, was das Proletarier-Herz erfreut: Da wird einfach - ungeachtet der nicht gedeckten Kosten - „gebührenfreie ganztägige Betreuung in Kindertagesstätten“ gefordert, da ist von „Lehrmittelfreiheit an den Schulen“ genauso die Rede wie von „kostenfreier Bildung“ oder einer „Ausbildungsplatzumlage“.

(Zitat zur Bildungspolitik der Links-Partei: „Wir fordern ein gemeinsames Lernen aller SchülerInnen in einer Gemeinschaftsschule bis zur Klassenstufe 10. Unser Ziel ist eine Pädagogik, die auf Noten als Selektionsinstrumente verzichtet. Wir fordern das Ende von normierenden Abschlußprüfungen wie dem Zentralabitur.“ / Programm der hessischen Linken)

Weiter zu den Versprechungen der Links-Partei: „Höhere Reallöhne und Arbeitszeitverkürzung“ ergänzen sich mit „bedarfsgerechtem Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und mehr Beschäftigten im öffentlichen Dienst“. Ein „flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn“ (von mindestens 10 Euro), die Erhöhung von Hartz-IV-Bezügen (auf 500 Euro monatlich), eine „neue Vermögensteuer“, eine „höhere Erbschaftsteuer“ und ein „höherer Spitzensteuersatz“ (80 Prozent) gehen einher mit einer „steuerfinanzierten und bedarfs-

orientierten sozialen Grundsicherung“, inklusive „höherer Renten“, einem „Renteneintrittsalter ab 60 Jahren“ - selbstverständlich ohne Abschläge - ,und „sozialen Grundrechten“, die im Grundgesetz verankert werden müßten. Und ganz selbstverständlich ist „Die Linke“ umweltfreundlich, also gegen fossile Brennstoffe und gegen Atomstrom. Alles zusammen: das Paradies auf Erden, bezahlt von „den Reichen“. Kurz, das ganze Programm der Linken ist unbezahlbar, ein Programm, das Deutschland geradewegs in die Pleite führen würde. Aber Lafontaine tönt vollmundig: „Wir sind die einzige Partei, die mit realistischen Zahlen arbeitet.“ Die Pleitegeier kreisen bereits über Deutschland.

„Die Linke ist keine normale Partei“

Unter diesem Titel schreibt der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann in verschiedenen Zeitungen (hier FAZ vom 15.12.08): „... *„Camouflage (Verdecken, Tarnen; d. Verf.) gehört seit jeher zur taktischen Grundausstattung extremistischer Strategen. Deshalb erstaunt es, wie viele den in neue Kleider gewandeten 'Linken' auf den demagogischen Leim gehen. Die Umbenennung von SED bzw. PDS in 'Die Linke' hat tatsächlich die Salonfähigkeit der Partei noch einmal gesteigert. Schon immer haben extremistische Parteien versucht, über Bündnisse auch mit bürgerlichen Gruppen ihre Isolation zu durchbrechen. Nur so kann die 'Transformation der Gesellschaft' gelingen. Voraussetzung ist jedoch die möglichst umfassende Diskreditierung des Bestehenden. Genau das unternimmt 'Die Linke': Die Bundesrepublik wird nicht als demokratischer Verfassungsstaat beurteilt, sondern als ein vom Kapitalismus beherrschtes, marodes System...“*

Schünemann wirft der Linken vor, die gesellschaftliche Realität in Deutschland so gezielt zu diffamieren, „*daß man von ihrer Absicht ausgehen muß, die Verfassungsordnung zu demonstrieren. Schünemann wörtlich: „Ich nehme den Parteivor-*

sitzenden Bisky ernst, wenn er sagt: 'Die, die aus der PDS kommen, aus der Ex-SED und auch die neue Partei 'Die Linke' - wir stellen die Systemfrage.'

„Wen wundert die Zusammenarbeit der „Linken“ mit der „Roten Hilfe“, die linksextremistische Straftäter unterstützt, oder daß „Die Linke“ mit Terrorgruppen wie der PKK, Farc und Eta flirtet?“, fragt Schünemann.

Für den niedersächsischen Innenminister ist der „smarte Extremismus“ der Links-Partei ein „gefährlicher Extremismus“, der zwar Anerkennung als „eine normale politische Kraft“ wolle, aber seinen freiheitsfeindlichen Zielen treubleibe.

Letztlich kommt Schünemann zu dem Ergebnis, daß „Die Linke“ „keine *normale Oppositions-Partei innerhalb der Demokratie*“ sei, sondern diese bekämpfe. Deshalb müsse der Verfassungsschutz die Links-Partei weiter beobachten. *„Ein Verzicht des Verfassungsschutzes auf ihre Beobachtung würde nicht nur gegen seinen Auftrag zum Schutz der demokratischen Grundordnung verstoßen. Er würde auch einem Gütesiegel gleichkommen, das dieser Partei nicht zusteht.“*

Die alte SED ist nicht tot. Zumindest in den Köpfen vieler Funktionäre und Mitglieder der Links-Partei, die früher bei der SED waren, lebt sie weiter. Immer wieder nehmen hochrangige Funktionäre der Links-Partei an Veranstaltungen teil, die von ehemaligen Stasi-Mitarbeitern organisiert werden, oder treten bei den Vereinen und Klubs der „Ehemaligen“ von Stasi und SED auf.

Oskars Partei – im Westen angekommen

„Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf“, prophezeite einst ein bedeutender Saarländer – Erich Honecker. Ein anderer bedeutender Saarländer, Oskar Lafontaine, ist gerade dabei, der Welt zu zeigen, daß der „demokratische Sozialismus“ – so er denn nur „richtig“, also ohne olle „SED-Versager“, daherkommt – ohne Alternative ist. Wie wir wissen, hat das „marode, kapitalistische System“ abgewirtschaftet: *„Die anderen Parteien sind die Verfassungsfeinde () Sie lassen Großverdiener nicht spüren, daß Eigentum verpflichtet, wie es im Grundgesetz heißt“*. Sagt Oskar von der Saar, und so interpretiert „Die Linke“ das Grundgesetz für sich und hält „Enteignung der Reichen“ für legitim.

Oskar Lafontaine fühlt sich bei seinen neuen (?) Genossen zuhause. Er ist angekommen, wo er schon immer hin wollte. In der Partei „Die Linke“ kann er endlich seine alten Träume verwirklichen. Mit all den Versprechungen, Wünschen, „Programmatischen Eckpunkten“ und Utopien aus der alten SED ist aus der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) eine neue, sozialistische Kraft entstanden – „Die Linke“. Sie hat zwar kein geschlossenes Partei-Programm. Jeder kann mitmachen und denken, was er will – Hauptsache, es ist irgendwie „links“, „sozialistisch“, „antifaschistisch“, „antikapitalistisch“ etc. Aber „Die Linke“ weiß, wo sie hin will. Oskar führte Deutschland bereits in eine „strukturelle linke Mehrheit“: Schon bei den beiden letzten Bundestagswahlen errangen „Grüne“, SPD und Linke/PDS mehr als 51 Prozent – Tendenz eher steigend. Denn: „Die Linke ist im Westen angekommen“, in Hessen sogar zum zweiten Mal. Dort steigerte sie, trotz innerparteilicher Querelen, ihren Stimmenanteil von 5,1 auf 5,4 Prozent.

Mit der Fusion von WASG - einem Bündnis vor allem enttäuschter linker Gewerkschaftler - und PDS im Jahre 2007 ist es der daraus entstandenen Partei „Die Linke“ gelungen, in ganz Deutschland Fuß zu fassen. Mehr als 18 Jahre nach dem Untergang des DDR-Regimes war der „Abschreckungsfaktor SED“ nach den vielen Namens-, aber nicht Partei-Wechseln - von SED-PDS über PDS in „Die Linke“ - offensichtlich sehr gering. Heute hat „Die Linke“ rund 70.000 Mitglieder und stellt mehr als 240 Abgeordnete in zehn von 16 Landtagen - siehe Graphik Seite 75 -, im Bundestag und im Europa-Parlament. Gysi und Bisky stabilisierten die Ost-Anhänger, Lafontaine und Klaus Ernst machten „Die Linke“ im Westen salonfähig.

Man kann es nicht oft genug wiederholen: „Die Linke“ ist keine originäre, neue Partei, sondern durch Namenswechsel entstanden. Programmatischer sowie weitgehend auch organisatorischer und personeller Ursprung ist die SED. Es war Gregor Gysi, der zur Wendezeit blitzschnell die Chance erkannt hatte, das „Beste“ der SED zu retten – die Finanzen. So verhinderte er die Auflösung der SED und wandelte sie in SED-PDS, wie der erste neue Name hieß. Später folgte dann die Umwandlung in „PDS“ und danach in „Die Linke“. Dadurch blieb das alte SED-Parteivermögen erhalten – mit zum Teil äußerst bedenklichen Methoden (Siehe auch Peter Helmes: „Macht Kasse Genossen!“, herausgegeben von den Deutschen Konservativen e. V., Hamburg.)

In ihrem Buch „Runderneuert – die PDS“ beschreibt Ilse Spittmann im „Deutschland-Archiv“ (4/1990) die Vorgänge. Hier ein Auszug: *„...Mit Zähigkeit und Schlaueit setze er (Gysi) seine Konzeption des gleitenden Übergangs von der SED zur PDS durch: Neue Führung, neues Statut, neues Programm, neuer Name, aber Erhaltung des Rechtssubjekts, um das Vermögen und den Apparat nicht zu verlieren. Die unvermeidlichen Reduktionen wurden als freiwillige Abtretungen inszeniert...“*

**Landtagswahl-
Ergebnisse
Linke/PDS**



Heute ist „Die Linke“ in ganz Deutschland angekommen. In acht Bundesländern ist sie stärker als die FDP. Mit ihrem Zweitstimmenergebnis bei der letzten Bundestagswahl übertraf die Links-Partei sowohl die CSU (Platz 6) als auch die „Grünen“ (Platz 5) und nimmt nach CDU, SPD und FDP Platz 4 ein. Organisatorisch ist „Die Linke“ bestens gerüstet, auch in den westlichen Bundesländern. Mit ihren rd. 70.000 Mitgliedern ist sie größer als FDP und „Grüne“. Die Parteikasse ist gut gefüllt.

Das Jahr 2009 ist ein Wahljahr mit epochalem Charakter – von der Wahl zum Europa-Parlament mit ihrer hohen Bedeutung für unsere nationale und internationale Zukunft bis zur Bundestagswahl im September, die darüber entscheidet, ob die Bundesrepublik Deutschland ein Staat bleibt, dessen Einbettung in die europäischen und internationalen Bündnisse Demokratie und Freiheit gewährleistet, oder ob unser Land sich zurückentwickeln wird zu einem sozialistischen Paradies. Manchmal drängt sich der Eindruck auf, daß viele in unserem Land noch nicht gemerkt haben, was da auf uns zukommt.

Mag sein, daß die Politik(er)-Verdrossenheit allgemein zugenommen hat. Dafür gäbe es ja auch viele Gründe. Die Antwort darf aber nicht „Wahlenthaltung“ sein. Davon würden nur Extremisten profitieren, besonders die, die es verstehen, den „Volkszorn“ aufzugreifen und in – nicht haltbare, aber verlockende – Versprechungen umzumünzen. Die Warnung davor soll ein abgewandeltes Tucholsky-Zitat verdeutlichen: **„Stellt Euch vor, es ist Wahl, und nur Linke gehen hin...“**.

V. Oskars Freunde

Auf dem Marsch in ein „neues Deutschland“, in eine linke Republik, ist Oskar Lafontaine nicht allein. Viele alte und neue Weggefährten begleiten ihn. Er führt sie zu neuen Ufern, in ein Land, in dem alle gleich sind. Ja, in *einem* Punkt sind sie alle gleich, die seinen Weg mitgehen: Sie sind „lupenreine Sozialisten“ vom alten Schlag. Kommunisten, Troztkisten, Marxisten, Utopisten, Chaoten, Steinzeit-Linke – „Paläo-Linke“, spottet der „Focus“.

Hubertus Knabe, SED-Opfer-Gedenkstätte Hohenschönhausen, schreibt in seinem Buch „Honeckers Erben“ u. a.: Sollte das Programm der Links-Partei jemals Wirklichkeit werden, *„...drohen der Bundesrepublik nicht nur außenpolitische Irrwege, sondern auch Freiheitsbeschränkungen im Innern, womöglich eine neue Diktatur. Umso erstaunlicher das neutrale bis positive Image, das die Partei in Teilen der Öffentlichkeit genießt...“* (...) *„Die Linke kann heilfroh sein“*, fährt Knabe fort, *„daß sich ihr Personal niemand genauer ansieht...“*

Wirft man einen Blick auf das Personal-Tableau der Partei „Die Linke“, wird deutlich, was Hubertus Knabe meint. Hier ein auszugsweiser Blick in das Figuren-Kabinett des Oskar L. – darunter Figuren voller Tragik, Komik und Verblendung, aber immer voller Sozialismus:

Bartsch, Dietmar Gerhard:

geb. am 31. März 1958 in Stralsund, 1983 Diplom-Wissenschaftler an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst, 1990 Promotion zum Dr. rer. Oec. an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Moskau, von 2004-2005 Geschäftsführer der sozialistischen Tageszeitung „Neues Deutschland“. 1977 Eintritt in die SED, von 1991 bis 1997 Bundesschatzmeister der PDS, anschließend deren

Bundesgeschäftsführer. Seine dubiose Rolle als Bundes-schatzmeister beschreibt der Autor näher in seiner Publikation „Macht Kasse Genossen!“ (Die Deutschen Konservativen, Hamburg). Seit Juni 2007 ist Bartsch Bundesgeschäftsführer der Partei „Die Linke“, MdB von 1998-2002 und seit 2005. Wie Gysi und Bisky tritt Bartsch äußerlich sympathisch auf („Schwiegermutter-Typ“), gehört aber zur „ersten Garde“ und damit zu den ernstzunehmenden Hauptakteuren der Links-Partei.

Biernoth; Günter:

Politisch eher unbedeutend, steht Biernoth (Sontra/Nord-Hessen) jedoch für das schrille Personal-Angebot der Links-Partei. Der 49-Jährige betreibt eine „Akademie für Magic, Hexen- und Heidentum“ und ist Teilzeitmitarbeiter der linken Landtagsabgeordneten Marijana Schott. Er war Direktkandidat seiner Partei für die hessische Landtagswahl im Wahlkreis Werra-Meißner. Auf der Internetseite der Abgeordneten Schott bezeichnet er seine Religion als „heidnisch, keltisch, nordisch“ und „freies Wicca“ – eine Hexenreligion. Der „spirituelle Lebensberater“ betreibt in Sontra neben einem Internethandel auch einen „Hexenladen“. Er will aber nicht als „Hexenmagier“, sondern als „heidnischer Priester“ bezeichnet werden.

Die Online-Ausgabe der „Frankfurter Rundschau“ kommentiert am 8. Januar: *„Biernoth, der Hexer, der in den Landtag will, ist nur ein Beispiel für das skurrile Sammelbecken namens Linkspartei. Dort gibt es viele Biernoths, Marxistische, Friedensbewegte, Lebensgebeutelte, Verrückte, Kluge und bestimmt auch Sympathische. Aber politisch miteinander vollkommen inkompatible Menschen. Das ist das große Problem...“*

Seine Landesparteichefin, Ulrike Eifler, rundet das diffuse Bild ab: *„Wenn es nicht offen sexistisch, rassistisch oder neoliberal ist, dann ist das seine Sache.“* Gewählt wurde er nicht.

Bisky, Lothar:

Geb. 17. August 1941 im pommerschen Zollbrück, trat Bisky 1963 in die SED ein. Er war von 1993 bis 2000 und erneut von 2003 bis 2007 Bundesvorsitzender der PDS. Seit 2007 ist er, gemeinsam mit Lafontaine, Vorsitzender der Links-Partei und ebenfalls seit 2007 Vorsitzender der „Europäischen Linke“ sowie Herausgeber des „Neuen Deutschland“ und MdB. Bisky studierte Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Kulturwissenschaften an der Karl-Marx-Universität zu Leipzig, Abschluß Diplom-Kulturwissenschaftler, 1969 Promotion zum Dr. phil. und 1975 Habilitation zum Dr. sc. phil.

1979 Honorar-Professor an der Humboldt-Universität, 1980-86 Dozent an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralrat der SED und ab 1986 ordentlicher Professor für Film- und Fernsehwissenschaften an der Hochschule in Potsdam, dort Rektor von 1986-90.

Seinen wohl größten „Auftritt“ hatte Bisky am 4. November 1989, als er auf dem Berliner Alexanderplatz vor über 500.000 Menschen in seiner Rede für den „Fortbestand der DDR auf der Basis eines demokratisch reformierten Sozialismus“ eintrat. Bisky bestritt immer, Inoffizieller Mitarbeiter der Stasi („IM“) gewesen zu sein. Der Verdacht tauchte zum ersten Mal 1995 auf, als man in der Stasi-Akte entsprechende Hinweise gefunden hatte („Rosenholz-Datei“). Demnach sei Bisky ab 1966 unter dem Decknamen „Bienert“ und ab 1987 unter dem Decknamen „Klaus Heine“ beim MfS registriert gewesen. Seine Führungsoffiziere stufte den IM als „zuverlässig“ ein, der sich „strikt an die gegebenen Anweisungen hält und gegenüber dem MfS stets ehrlich war“ (Oberleutnant Körner).

Bisky bezweifelte (2007), daß es einen allgemeinen Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze gegeben habe,

erklärte aber, die Todesopfer an der Grenze seien „die schlimmste Seite der DDR“ gewesen.

Als der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff Richtung Links-Partei forderte, die CDU habe das Rechts-extreme nicht zugelassen; nun dürfe die SPD das Links-extreme nicht zulassen, wehrte sich Bisky (10.März 2008): *„Was mit dem Vergleich DDR und Nazi-Deutschland begonnen hat, wird inzwischen zur Gleichsetzung. (...) Das ist eine Reinwaschung der Schuld der Faschisten in Deutschland...“*.

Dehm, Dieter:

Wohl eine der schillerndsten Figuren in der Links-Partei. Jörg-Diether Dehm-Desoi, geb. 3. April 1950 in Frankfurt am Main, studierte Sonder- und Heilpädagogik (1972 Diplom) und promovierte 1975 zum Dr. phil. 2004 Lehrauftrag an der Hochschule Fulda (Kulturmanagement und Kreativschreiben) und Lehraufträge der Universität St. Gallen und der Popakademie in Mannheim. Seit Jahren arbeitet Dehm mit Künstlern wie Peter Sodann, Konstantin Wecker und Rolf Hochhut.

Ursprünglich war Dehm Mitglied der SPD und wurde 1993 in den Magistrat der Stadt Frankfurt gewählt. 1994 als Nachrücker MdB, Bundesvorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger in der SPD“. 1994 warf ihm die Frankfurter CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach vor, „Stasi-Informant“ gewesen zu sein. Dehm zog vor Gericht und unterlag – aufgrund einer eidesstattlichen Versicherung Wolf Biermanns, Dehm habe ihm vor zehn Jahren Stasi-Kontakte gestanden. Hubertus Knabe glaubt, Dehm sei im Dezember 1971 vom MfS „auf der Basis politischer Überzeugung als IM Dieter (später umbenannt in ‚Willy‘)“ angeworben worden.

1998 trat Dehm aus der SPD aus und bei der PDS ein, bei der er von 1999-2003 stellvertretender Bundesvorsitzender war.

2002 kandidierte er erfolglos auf der niedersächsischen Landesliste für den Bundestag (an der 5%-Hürde gescheitert). Seit Ende November 2005 ist Dehm Vorsitzender des Unternehmerverbandes OWUS, der der Links-Partei nahesteht.

Gysi, Gregor:

Gysi, geb. 16. Januar 1948, ist neben Lafontaine die bedeutendste Figur der Links-Partei. Sein Vater Klaus, seit 1931 Mitglied der KPD, war Botschafter, Kulturminister und Staatssekretär in der DDR. Die Großmutter entstammte dem russischen Hochadel. Die Schriftstellerin und Nobel-Preisträgerin Doris Lessing ist Gregor Gysis Tante.

Gysi ist Jurist und war einer der wenigen freien Rechtsanwälte in der DDR (1988-89 Vorsitzender der Kollegen der Rechtsanwälte der DDR). Er verteidigte - manche Zweifel begleiten seine damalige Rolle - u. a. Systemkritiker wie Bärbel Boley, Rudolf Bahro, Robert Havemann und Ulrike Poppe.

Gysi war seit 1967 Mitglied der SED, 1989/90 Parteivorsitzender der SED-PDS und bis 1993 Vorsitzender der PDS. Seit 2007 ist er Mitglied der Links-Partei und deren Fraktionsvorsitzender (neben Lafontaine) im Bundestag. 2005 gewann er das Direktmandat für den Deutschen Bundestag im Wahlkreis Treptow-Köpenick. Vom 17. Januar bis 31. Juli 2002 war er Berliner Bürgermeister und Wirtschaftssenator; er trat wegen der sogenannten Bonusmeilen-Affaire zurück.

Immer wieder sieht sich Gysi Vorwürfen ausgesetzt, er habe für das MfS gearbeitet und seine Mandanten verraten. Trotz vieler gerichtlicher Auseinandersetzungen bleibt das Problem offen. Gysi ist ausgesprochen klagefreudig gegen jeden, der auch nur andeutungsweise seine Tätigkeit in Frage stellt. Er bestreitet immer wieder, „IM“ gewesen zu sein. Zu seinen Handlungen als Vorsitzender der SED-PDS (insbesondere zur

Rettung des SED-Vermögens) sei auf die umfassende Darstellung des Autors in „Macht Kasse Genossen“ verwiesen.

Lippmann, Heidi:

Geboren am 2. April 1956 in Göttingen, Abitur 1987 an der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen. 1989 Eintritt bei den „Grünen“, 1994-98 Landtagsabgeordnete der „Grünen“ in Niedersachsen. 1998 Austritt bei den „Grünen“ und Eintritt in die PDS, für die sie von 1998-2002 im Bundestag saß. 2008 kandidierte sie für den hessischen Landtag, vergeblich. Auch für die hessische Landtagswahl im Januar 2009 war sie als Direktkandidatin im Lahn-Dill-Kreis nominiert. Nun betreibt sie einen „Swinger-Club“, in dem sie u. a. Gipsabdrücke der Genitalien ihrer Gäste ausstellt. So bunt ist die Welt der Linken!

Maurer, Ulrich:

Einer der führenden Köpfe der Links-Partei. Er war einmal „der starke Mann der SPD“ in Baden-Württemberg und wurde (neben Lafontaine, Schröder und Scharping) zu den „Enkeln“ Willy Brandts gerechnet.

Ulrich Maurer wurde am 29. November 1948 in Stuttgart geboren, studierte bis 1974 Recht an der Uni Tübingen und arbeitete anschließend als selbständiger Rechtsanwalt. In der SPD machte er schnell Karriere: Seit 1980 Mitglied des Landtages Baden-Württemberg, 1992-2001 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, 1994 in Scharpings Schattenkabinett als Innenminister vorgesehen. 2005 trat Maurer aus der SPD aus mit der Begründung, Schröder habe sozialdemokratische Grundwerte verraten. Im gleichen Jahr trat er der WASG bei, behielt aber sein Landtagsmandat. Seit 2005 sitzt Maurer für „Die Linke“ im Bundestag und ist einer der beiden Parlamentarischen Geschäftsführer. Seit dem Jahre 2007 zusätzlich „Beauftragter für den Parteaufbau West“ der Links-Partei. Die FAZ schreibt zu seinem 60. Geburtstag u. a.: „...*Der Katholik*

und Jurist war schon immer ein Knappe Oskar Lafontaines. Beide verbindet die arrogante Besserwisserei, toskanischer Chic ist Maurer aber nie wichtig gewesen...“.

van Ooyen, Willi:

Geboren 23. Februar 1947 in Weeze/NRW, Elektroinstallateurslehre, 1969 Abitur im Abendstudium, 1972 Umzug nach Frankfurt und dort Studium der Geschichte und Pädagogik, Abschluß Dipl.-Pädagoge. Van Ooyen war immer ein Links-Aktivist, sei es bei den „Ostermärschen“ oder bei der „Deutschen Friedensunion“, deren hessischer Landesgeschäftsführer er 1976 und Bundesgeschäftsführer 1984 wurde.

2008 wurde er als Spitzenkandidat der Links-Partei hessischer Landtagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender, dasselbe auch bei der Landtagswahl im Januar 2009. „Die Welt“ (31.10.2008) berichtete, van Ooyen wäre nach Angaben ehemaliger Mitarbeiter als Geschäftsführer des Vereins „Werkstatt Frankfurt“ (1100 Mitarbeiter, 45 Millionen DM-Etat) wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten und zu vieler Arbeitsgerichtsverfahren entlassen worden. Der ehemalige Betriebsratschef Gregor Kawetschanky zum Arbeitsklima im Verein: *„Unter dem Geschäftsführer van Ooyen ging es so autoritär zu wie im Zentralkomitee einer kommunistischen Partei“.* Sein Kollege, SPD-Mitglied Helmut Janssen, sagte lt. „Welt“: *“...Jeden Morgen, wenn ich in den Betrieb ging, hatte ich das Gefühl, daß ich den Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlasse...“.*

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt ermittelte gegen van Ooyen wegen Subventionsbetrugs und des Verdachts der persönlichen Bereicherung; die Ermittlungen wurden jedoch eingestellt. Am 1.11.2008 vermeldet „Die Welt“ unter der Überschrift „Feudale Methoden von Herrn van Ooyen“:

„...Wegen offenkundig haarsträubender Zustände wurden Wirtschaftsprüfer von Arthur D. Little eingeschaltet. Ihr Untersuchungsbericht führte dazu, daß van Ooyen Ende 1996 seines Postens enthoben wurde. (...) Die Wirtschaftsprüfer monierten Mängel in der Betriebsführung, ein fehlendes Gesamtkonzept sowie eine unzulängliche Führungs- und Sozialkompetenz...“

Van Ooyen stand und steht u. a. in dem Verdacht, die Arbeit der Deutschen Friedensunion (DFU) sei mit Millionenbeträgen aus der DDR finanziert worden. Schon Walter Ulbricht hatte festgelegt, so berichtet die „Welt“, die DFU „als scheinbar unverfängliche Einflußorganisation“ zu nutzen. Dazu vermerkt die (linke) Tageszeitung taz, Ausgabe Bremen (29.11.89), die van Ooyen befragt hatte:

„Bundesdeutsche Handelsunternehmen im Ost-West-Geschäft investierten - notgedrungen oder gerne - einen Teil ihrer Gewinne in den hiesigen Kampf für den Sozialismus. Wer in der BRD an Krim-Sekt oder Gorbatschow-Wodka verdienen wollte, hatte vertragsgemäß einen Teil der Rendite an DFU oder DKP auszuschütten. Van Ooyen plaudert damit aus, was in DFU- und DKP-Kreisen bislang als Verleumdung hartnäckiger Anti-Kommunisten galt...“

Hubertus Knabe (Leiter der SED-Gedenkstätte Hohenschönhausen) schreibt dazu in der FAZ (9.10.08):

“...Noch am 15. Oktober 1989 – zwei Tage vor seinem Sturz – genehmigte SED-Chef Honecker für das Jahr 1990 die Zahlung von rund 65 Millionen Deutsche Mark an die DKP und deren ‘befreundete Organisationen’. Laut einem internen Bericht sollten die DFU und ihre 31 Mitarbeiter 3,1 Millionen DM an ‘Solidaritätsmitteln’ erhalten...“

Bodo Ramelow:

Der am 16. Februar 1956 in Osterholz-Scharmbeck geborene Ramelow, Einzelhandelskaufmann mit Fachhochschulreife, machte (noch in Westdeutschland) früh Gewerkschaftskarriere: Von 1981-90 Gewerkschaftssekretär, von 1990-1999 Landesvorsitzender der HBV in Thüringen (heute ver.di).

Ramelow war von 1999 bis 2005 Mitglied des thüringischen Landtags und seit 2001 Fraktions-Vorsitzender der PDS. Er ist Spitzenkandidat seiner Partei für die Landtagswahl 2009 und damit größter Gegenkandidat von Ministerpräsident Althaus. Im Bundestagswahlkampf 2005 war er Wahlkampfleiter der PDS und kam über die Landesliste Thüringen in den Bundestag. Dort ist er stellv. Vorsitzender seiner Fraktion.

Bundesweites Aufsehen erregte Ramelow im Februar 2009 durch seine Aussagen zum „Rechtsstaat DDR“ (siehe auch Seite 65) und zum Schießbefehl an der Mauer. Zitat Ramelow:

“...Ob der ‘Schießbefehl’ allerdings als zwingende Todesdrohung im strafrechtlichen Sinne gewertet werden kann, darf mittlerweile bezweifelt werden“....

Sodann, Peter:

Der Schauspieler und Theater-Intendant hat zwar keine Ämter in der Links-Partei, spielt aber in der öffentlichen Darstellung der Partei eine große Rolle – was man durchaus auch wörtlich verstehen darf. Er ist Kandidat der Linken für das Amt des Bundespräsidenten und „gibt“ seit seiner Nominierung ein besonders trauriges Stück als Polit-Clown in einem Schmierstück ohne Beispiel. Nicht nur, daß er seine Lokus-Geheimnisse, die niemanden interessieren, nicht für sich behalten kann – er erzählt, er löse jeden Morgen auf der Toilette Kreuzworträtsel, damit er „gleich zwei Erfolgserlebnisse“ habe. Er hält auch „das, was wir haben, ja nicht für

eine Demokratie“ und würde, wenn er könnte, „Deutsche Bank-Chef Ackermann verhaften“.

Nach der Bundespräsidentenwahl will er *„die Zeit seiner Bundespräsidenten-Kandidatur kabarettistisch aufarbeiten“*. Eine besondere Kostprobe seiner Kabarettreife blieb uns leider verwehrt: Er wollte - zusammen mit Norbert Blüm – auf dem Kreuzfahrtschiff „Astoria“ während einer Passage von Sidney nach Hongkong als Polit-Clown glänzen und „Cabaret“ bieten. Als Gegenleistung sollten ihm die Reisekosten in Höhe von 10.435 Euro erlassen werden. Leider wurde aus der geplanten Nummer nichts; denn die „Astoria“ lag mit Motorschaden im Hafen. Kein Wunder, gehört doch das Schiff – früher unter dem Namen „Arkona“ für den DDR-Gewerkschaftsbund FDGB auf Fahrt – zu den Auslaufmodellen des „realen Sozialismus“. Das Schiff ist jetzt ausgemustert - wie der „Tatort“-Kommissar Peter Sodann auch.

Ob seine Kandidatur für das Bundespräsidialamt dem Amte wirklich angemessen ist, darf füglich bezweifelt werden. Oskar Lafontaine, der bei der Verkündung der Kandidatur Peter Sodanns dessen Würdigung eher lieblos vom Papier abliest, verhöhnt die deutschen Wähler, indem er mit einem solchen Kandidaten die Institution Bundespräsident - und damit unseren Staat - herabwürdigt.

Wagenknecht, Sarah:

Geb. 16. Juli 1969 in Jena, machte 1988 in Ost-Berlin Abitur und trat 1989 in die SED ein, also kurz vor deren Ende. Sie studierte in Jena, Berlin und Groningen (NL) Philosophie und Literatur.

1991-95 war sie Mitglied des Parteivorstandes der PDS und ist seit 1991 in leitender Funktion in der „Kommunistischen Plattform“ (KP) der PDS aktiv. Die KP, als deren Sprecherin

sie heute fungiert, ist mit mehr als 800 Mitgliedern die stärkste Einzelgruppe in der Links-Partei und kämpft sehr aggressiv für die „Überwindung des Kapitalismus“. Die KP wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Laut Hubertus Knabe (Hohenschönhausen) **lobt Sarah Wagenknecht offen den Massenmörder Stalin**. Die Politik des Diktators habe *„...nicht Niedergang und Verwesung, sondern die Entwicklung eines um Jahrhunderte zurückliegenden Landes in eine moderne Großmacht während eines weltgeschichtlich einzigartigen Zeitraumes bewirkt...“*.

Seit 2004 ist Wagenknecht Mitglied des Europa-Parlaments, kandidiert aber 2009 in Düsseldorf für den Deutschen Bundestag. Sarah Wagenknecht-Niemeyer (nach ihrer Heirat mit Ralph-Thomas Niemeyer) steht in der Links-Partei ganz links und ist deshalb auch in ihrer eigenen Partei umstritten. Einen „Schmusekurs gegenüber Rot-Grün“ lehnt sie ebenso entschieden ab - wegen der „tiefen politischen Differenz“ mit der SPD und Rot-Grün - wie jede Form des Anti-Kommunismus. 1992 nannte sie die Mauer „ein notwendiges Übel“, die DDR sei „ein besserer Staat als die BRD“ gewesen. Ihr Anrufbeantworter spielt die Melodie der DDR-Hymne „Auferstanden aus Ruinen...“.

In einem Interview mit dem Monatsmagazin „Cicero“ (11/2008) wird ihr die Frage gestellt, warum sie sich selbst „Kommunistin“ nenne, obwohl „Kommunisten noch nie Demokraten waren“ („Cicero“). Wagenknechts Antwort ist eindeutig:

„Ich nenne mich so in Absetzung zur Sozialdemokratie. Wie kommen Sie dazu, Kommunisten wie Rosa Luxemburg oder Karl Liebknecht abzusprechen, daß sie Demokraten waren?“

Die „schöne, reiche Kommunistin“, wie sie in den Medien genannt wird, steht wegen ihres Lebensstils (Luxuswagen mit Chauffeur, Zweitwohnsitz an einer Bucht in Irland) auch in der Links-Partei in der Kritik (Schlagzeile: „Schöne Kommunistin ißt Hummer im Nobelrestaurant“). Auf eine entsprechende Frage der „Süddeutschen Zeitung“ (9.2.09) antwortet sie:

“Diese Debatte ist doch verlogen. Ich predige nicht Wasser und trinke selbst Wein. Für den Sozialismus zu sein, heißt, Wein predigen und meinetwegen auch Hummer, aber für alle. Ich bin für eine Gesellschaft, in der alle Menschen Hummer essen können.“ Dieses Zitat hätte auch 1:1 von Oskar Lafontaine stammen können.

Was noch zu erwähnen wäre – Stichwort „Salon-Sozialisten“: Sarah Wagenknecht erhält als Europa-Abgeordnete 7.300 Euro steuerpflichtiges Gehalt plus 3.900 Euro steuerfreie Kosten-Pauschale (zusammen 11.200 Euro) und ein steuerfreies Tagegeld von 290 Euro für jeden Arbeitstag in Brüssel oder Straßburg. Seit 2004 im Europa-Parlament, hat sie schon jetzt, also nach nicht einmal 5 Jahren, einen Pensionsanspruch von 1.394 Euro – weit mehr als der Durchschnitt aller „Werkstätigen“ nach 40 Jahren Berufsleben.

Nachwort

„Die Linke“ kandidiert inzwischen bei allen Landtags- und Bundestags-Wahlen in unserem Land. In Thüringen und im Saarland werden ihr bereits jetzt Ergebnisse um die dreißig Prozent vorausgesagt. Eine Partei, die angetreten ist, einen neuen - sozialistischen - Staat zu bilden, ist auf dem Weg in eine große Zukunft. Haben wir wirklich begriffen, was da auf uns zukommt?

Hier wird nicht das Spiel aufgeführt: „Wer fürchtet sich vorm roten Mann?“ Nein, dieses „Spiel“ ist bitterer Ernst. Unverhohlen wird von den Linken „die Systemfrage“ gestellt, eine „andere Republik“ gefordert. Und die Reaktion von Öffentlichkeit und Medien? Kritiklose Unterstützung, klammheimliche Bewunderung oder naive Vorschußlorbeeren – aber von einem „Aufstand der Anständigen“ keine Spur.

Man stelle sich den Aufschrei vor, der durch die deutsche (und internationale) Öffentlichkeit gegangen wäre, hätte sich eine Nachfolgepartei der NSDAP mit NPD und DVU zu einer neuen Partei „Die Rechte“ zusammengeschlossen – gar noch unter Verwendung des alten NSDAP-Programmes. Ein solches Vorhaben wäre nicht nur schon daran gescheitert, daß man keinen Tagungsraum für die Gründungsversammlung gefunden hätte, sondern gewiß auch am Verfassungsschutz und vor allem an den zu erwartenden „Massendemonstrationen aufrechter Demokraten“.

Die Reden und Programme der Linken lassen erkennen, daß die Ewiggestrigen aus der Geschichte ebenso wenig gelernt haben wie die Ewigvorgestrigen. Es ist deshalb an der Zeit, die eben nicht geringen Mittel zur politischen Bildung nicht nur einseitig zur Bekämpfung des Rechtsextremismus (300 Millionen Euro) einzusetzen, sondern sie auch verstärkt der Aufklärung über die gesellschaftszersetzenden Kräfte des

Linksextremismus zu widmen. Wachsamkeit gegenüber den Schmuddelparteien von rechts- und linksaußen ist erste Demokratenpflicht.

Und wann endlich hören wir auf, immer von „rechts“ zu reden, wenn „rechtsextrem“ gemeint ist? „Rechts“, „links“, „Mitte“ sind unbescholtene Begriffe einer jeden parlamentarischen Demokratie. Gehen wir also den perfiden Begriffsfälschungen der Gutmenschen nicht (weiter) auf den Leim!

Oskar Lafontaine hat einen Traum: Seine Gedanken, Ideen und Programme werden, in einem kleinen, roteingebundenen Büchlein („Oskar-Bibel“) zusammengefaßt, gedruckt und millionenfach verbreitet. In den (Einheits-)Schulen steht jede Woche eine Stunde „Oskars Losungen“ auf dem Unterrichtsplan. Seine drei wichtigsten Losungen muß jeder lernen: 1.) Du sollst nicht lügen! 2.) Du sollst nie nach Vorherrschaft streben! 3.) Du sollst nicht arm sein! Nach seinem Tod wird ihm in Moskau ein Mausoleum errichtet. Und auf Pekings „Platz des himmlischen Friedens“ – da wo einst friedlich demonstrierende Studenten hingemetzelt wurden – hängt sein farbiges Konterfei an der Mauer der „verbotenen Stadt“, direkt neben dem Bild Mao-tse-Tungs. Täglich defilieren junge Menschen in Moskau und in Peking, Oskar grüßend, vorbei und schwenken fröhlich ihre „Oskar-Bibel“ unter den Rufen: „Lang lebe der große Vorsitzende!“

Oskars Traum darf nicht wahr werden. Wachen wir endlich auf! „Rotlicht über Deutschland?“ Es brennt lichterloh!

Peter Helmes

Oskar Lafontaine: Lebenslauf

(auszugsweise)

Privates: Geboren 16. September 1943 in Saarlouis als Zwillingsskind des Bäckers Hans Lafontaine und seiner Frau Katharina. Sein Vater stirbt im Krieg. Lafontaine ist röm. katholisch. Nach Abitur (1962) am Bischöflichen Konvikt in Prüm (Eifel) Physik-Studium (Stipendium des Cusanus-Werkes/Studienförderung der Deutschen Bischöfe) an den Universitäten Bonn und Saarbrücken, Abschluß Dipl.-Physiker. Ehen: 1967 mit Ingrid Bachert, 1982 mit Margret Müller (Sohn Frederic), 1997 mit Christa Müller (Sohn Carl Maurice). Bei einem Wahlkampfauftritt in Köln wird Lafontaine Opfer eines Attentates: Eine offenbar geistesgestörte Frau verletzt ihn schwer durch einen Messerstich in den Hals.

Berufliches: 1971 Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Straßenbahnen in der Saartal AG. Ab 1974 Bürgermeister und ab 1976 Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken. 1985-1998 Ministerpräsident des Saarlandes. Sept. 1998 bis 11. März 1999 Finanzminister Deutschlands. Die Niederlegung des Amtes erfolgte nach einem Zerwürfnis mit Gerhard Schröder (Schröder: „Eine wirtschaftsfeindliche Politik ist mit mir nicht zu machen.“).

Politisches: 1966 Eintritt in die SPD und aktiv bei den Jusos. 1968 Mitglied des SPD-Landesvorstandes. 1970-75 Mitglied des saarländischen Landtages. 1977-1996 SPD-Landesvorsitzender im Saarland. 1979-99 Mitglied des SPD-Bundesvorstandes, ab 1987 Stellvertretender Bundesvorsitzender und Vorsitzender der SPD-Programmkommission, ab November 1995 Bundesvorsitzender der SPD. Im Oktober 1988 übernimmt Lafontaine die Leitung der SPD-Kommission zur Erarbeitung eines Regierungsprogrammes für die Bundestagswahlen. 1990 Kanzlerkandidat der SPD für die Bundestagswahl im Dezember '90. Zum 30. Mai 2005 Austritt aus der SPD und Eintritt (18. Juni 2005) zunächst in die WASG, aus der nach der Fusion mit der PDS im Juni 2007 die Partei „Die Linke“ wurde, deren Bundes- und Fraktionsvorsitzender er seitdem ist. Seit 2005 ist Lafontaine Mitglied des Deutschen Bundestages.

Eine kleine Selbstdarstellung des Herausgebers

1980 wurde die „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“ gegründet, um Franz Josef Strauß bei seiner Kandidatur zum Bundeskanzler zu unterstützen. Initiatoren waren u. a. der Verleger Axel Springer, ZfM-Moderator Gerhard Löwenthal, Olympia-Siegerin Jutta Heine, Schachgroßmeister Ludek Pachman, und der ehemalige Redaktionsleiter der BILD-Zeitung in Bremen, Joachim Siegerist.

Die Geschäftsführung übernahm Peter Helmes, zuvor langjähriger Bundesgeschäftsführer der Jungen Union Deutschlands. Der „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“ gelang es, insbesondere außerhalb Bayerns, eine große Wählerschaft für Franz Josef Strauß zu mobilisieren.

Nach der Wahl galt es, die gewonnenen Freunde zusammenzuhalten und für die konservativen Werte in Gesellschaft und Politik weiterzukämpfen. Deshalb gründeten Ende des Jahres 1980 Löwenthal, Pachmann, Strauß-Anwalt Dr. Ossmann, Siegerist, Helmes u. a. die „Konservative Aktion e.V.“, aus der 1985 die Deutschen Konservativen e.V. entstanden.

Die Konservative Aktion e.V. schoß in den Achtzigern ein ganzes Feuerwerk politischer Aktionen ab. So wurde 1983 in der Bernauer Straße in Berlin das erste Loch in die Mauer geschlagen. An jedem 13. August und 17. Juni ging die Konservative Aktion nach Berlin oder an die Zonengrenze. An Tausenden von Luftballons ließ sie Flugblätter gegen die SED-Machthaber in die „DDR“ fliegen. Die „DDR“-Armee versuchte mit Hubschraubern die Flugblätter abzudrängen.

Als Gegengewicht zu den wütenden anti-amerikanischen Aktionen der Linken startete die Konservative Aktion bewußt pro-amerikanische Veranstaltungen. Der damalige US-

Präsident Reagan, zu dem Joachim Siegerist enge Kontakte hatte, dankte es dem Verband mit einem persönlichen Schreiben.

Auch nach dem Fall der Mauer sprachen sich die Deutschen Konservativen öffentlich gegen jegliche Regierungsbeteiligung der SED-Nachfolgepartei PDS aus (seit 1998 bzw. 2001 in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin Koalition mit der SPD). Sie warfen den Sozialisten vor, ihre Anhängerschaft sei noch immer die gleiche sei wie zu „DDR“-Zeiten, als die SED Staatspartei war - was in Ostdeutschland auch weitgehend der Fall sei - und diese die alten Überzeugungen noch nicht abgelegt hätten.

Die Deutschen Konservativen kämpfen ebenso unnachgiebig gegen den Sozialismus, weil dieser menschenverachtend sei und die Freiheit jedes Bürgers beschneide. Dabei verweisen sie insbesondere auf die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus und der sowjetisch dominierten sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas.

Auf einer ihrer Demonstrationsveranstaltungen gegen eine Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin sprachen in diesem Zusammenhang auch Vertreter der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ und der „Vereinigung 17. Juni 1953 e.V.“, um die Partei an ihre historische Verantwortung zu erinnern.

Heute sind DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V. unbestreitbar die wohl bedeutendste demokratische, konservative Bewegung in Deutschland. Mit mehr als 40.000 Anhängern bestehen sie den täglichen Kampf gegen die Linken und die linken Medien.

